

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Post- und Geschäftsangelegenheiten jeder Art werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schübje, Druck: H. Hausmann & Co., Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Emilich Bochum, Wilmshäuser Str. 33-42, Telefon-Nr. 89, 89 a, 98. Telegr.-Adr.: Arbeiterbund Bochum.

Sieg des Verbandes über die Gegner der Bergarbeiter.

Trotz alledem und alledem!

Trotz der „Wirtschaftsfriedlichen“ Taktik der christlichen Gewerkschaftsleitung und ihres Anhängels — der Polen; trotz der Prinzipienlosigkeit der Unionleitung, die nicht den Mut fand, ihr „Kampfsheer“ öffentlich aufzumarschieren zu lassen, hat der Verband einen Schritt gewagt, der alle Schattengestalten schwankend machte. „Was? Will der Verband wirklich ernst machen? — Wir haben zwar immer irradikal geredet, aber so haben wir es nicht gemeint, daß wir öffentlich unseren Mut zeigen sollen!“ Und wie alle prinzipienlosen Menschen, fanden auch sie den Strohhalm der Rettung. Einer sagt: Wir wollen die Faust auf dem Tisch nicht sehen, das richtet sich gegen das Volk und ist unhöflich gegen die Unternehmer, die doch ganz gute Perle mit gutem Willen sind; der andere behauptet, daß wir keine Einheitsfront, wie er sie versteht, nicht wollen, deshalb sabotiert er die Einheitsfront der Bergarbeiter. Das mag im ersten Blick etwas rabiat, überschönwänlich aussehen. In Wirklichkeit ist damit die Taktik aller Taktiker, die dem offenen, ehrlichen Kampf mit den Unternehmern ausweichen, gekennzeichnet.

Die Ursache.

Der aufmerksame Leser der „Bergarbeiter-Ztg.“ ist orientiert. Wir brauchen deshalb nur eine kurze geschichtliche Darstellung zu geben. Als die politische Umwälzung etwas vorwärts und unter Einwirkung aller ersten Demokraten die Sicherheit für Leben und Gesundheit aller Volksgenossen hergestellt wurde, magte sich zuerst langsam, dann dreister, das reaktionäre Unternehmertum heraus. Mit aller Feinheit juristischer Geistesarbeit und Demagogie gingen nun die Bergwerksunternehmer vor, um millimeterweise den Bergarbeitern ihre erzwungenen Rechte streitig zu machen, um sie langsam aber sicher ins alte Joch der „goldenen“ Autokratie zu bringen.

Was haben in den letzten Jahren und Monaten die Bergarbeiterbestimmungen, Konferenzen sowie die Berufsorgane der Organisationen aller Richtungen nicht für unüberlegbares Material der Öffentlichkeit vorgelegt! Man muß sagen, daß die anders gerichteten Organisationen scheinbar auch mit vollem Ernst der für einen Blinden offen liegenden Reaktion der Unternehmer entgegentraten. Der Schein trügte!

Als ein typisches Beispiel für das Vorgehen der Unternehmer kann man ihre Taktik in der Manteltariffrage anführen. Manteltarif führte die Unternehmerpresse einen widerlichen Kampf gegen die Bergarbeiter, indem sie alle ihre Forderungen so übertrieb und aufbauschte, als wollten sich die Bergarbeiter auf Kosten der Völker bereichern. In diesem Bestreben wurden sie von der gesamten bürgerlichen Presse unterstützt, um die Meinung des Volkes gegen die Bergarbeiter zu richten.

Die Verhandlungen wurden von den Unternehmern systematisch und offensichtlich verschleppt. Ueber ein Jahr schwebte die Manteltariffrage. Als endlich die Regierung eingriff und ein Schiedsgericht einsetzte, machten die Unternehmer grinsend Opposition. Es ist nämlich sehr leicht, Opposition zu machen, um damit die Verhandlungen zu verschleppen. Dazu bedarf es nur einer Woche. Der Schiedspruch, welcher unter dem Vorsitz der Regierungsvertreter in Essen gefaßt wurde, fand die Ablehnung der Bergarbeiter. Die scharfe, oft wegen ihrer unparlamentarischen Ausdrucksweise sehr über-radiikal klingende Kritik einzelner Gewerkschaftsvertreter, soll heute hier nicht namentlich aufgeführt werden.

Daß die Unternehmer hier nur Schindluder mit der Volkswirtschaft spielten, beweist die Tatsache, daß sie nachträglich noch einige „Zugeständnisse“ machten, die jedoch von der Ueberarbeit abhängig gemacht wurden. Als die Konferenz am 11. Juni in Bochum fast einstimmig den Schiedspruch mit dem Zugeständnisse ablehnte, wurden neue Verhandlungen eingeleitet, die neben neuen Lohnerhöhungen auch die Manteltariffrage annehmbar gestalten sollten. Die Unternehmer machten wiederum kleine „Zugeständnisse“, welche sie gleichfalls von der Ueberarbeit abhängig machten.

Die Unternehmer sind „marie“ Geschäftsleute. Ihnen ist diese Art der Verhandlungen sehr willkommen gewesen. Sie gewannen dadurch Zeit für ihre reaktionären Pläne und verstellten bei den Bergarbeitern die Organisationsgedanken herart, daß in absehbarer Zeit sie mit einer Sanftbewegung ihre alte Selbstherrlichkeit aufrichten konnten. Es ist sicher, daß die Unternehmer mit vornehmem Hören auch noch auf weitere Verhandlungen eingegangen wären und auch noch weitere „Zugeständnisse“ gemacht hätten mit dem Zweck der weiteren Verschleppung. Dieses öde Spiel mußte aber doch endlich ein Ende finden.

Jede ernsthafte Organisationsleitung mußte nun prüfen, ob es im Interesse ihrer Mitglieder, im Interesse der Volkswirtschaft liegt, diesem skandalösen Spiel der Unternehmer weiterhin nur mit der Waffe der Verhandlung gegenüber stehen zu lassen. Die Unternehmer weigerten sich kategorisch an die Lösung „prinzipieller Fragen“ heranzugehen. „Das gibt

es einfach nicht, redet gar nicht darüber, denn wir lehnen diese Fragen prinzipiell ab“, das waren die Antworten der Unternehmer. Die Organisationsleiter, die doch unseren wirtschaftlichen Jammer kennen, mußten sich fragen: Können wir weiter zusehen, wie die Unternehmer planmäßig den Wiederaufbau ihrer alten unum-schränkten Macht vorbereiten, mit der sie unser Volk in neues Elend stürzen wollten, oder sollen wir unser Volk vor diesem Verbrechen mit einem Wagnis retten? Es gab — leider nicht — keine andere Lösung, als die letztere. Zum Volksverbrechen neigende Unternehmerrückläufe können nur mit der schweißigen Faust gebändigt werden.

Unsere Organisationsleitung setzte sich mit den anderen Organisationsleitungen in Verbindung und am 28. Juni fand eine Besprechung in Essen statt. Dort waren sich alle Organisationsvertreter klar, daß alle Mittel der Verhandlung erschöpft seien. Gegen den Vorschlag unserer Verbandsleitung, durch Kündigung den Kampf gegen die Unternehmer einzuleiten, wurden keine Einwendungen gemacht. Von keiner Organisation! Das muß nachdrücklich festgehalten werden! Die Gewerkschaftsvertreter erklärten lediglich, daß sie sich noch mit ihrem Vorstand beraten mußten.

Am 29. Juni fand unsere Konferenz in Bochum statt, in welcher der Verbandsleitung das Vertrauen ausgesprochen und Vollmacht für notwendige Schritte erteilt wurde.

Am 5. Juli erklärten die Gewerkschaftsvertreter und Polen in einer nochmaligen Aussprache, daß sie die Kündigung nicht mitmachen, weil die Verhandlungsmöglichkeit noch nicht erschöpft sei! In der festen Ueberzeugung, daß das höhnische, reaktionäre Spiel der Unternehmer für die Bergarbeiter und die Volkswirtschaft unerträglich ist, daß auf Verhandlungswegen die Unternehmer keinen Boden von ihren Prinzipien abgeben, beschloß die Verbandsleitung einen Aufruf an die Bergarbeiter zur Massenkündigung hinauszugehen zu lassen. Das geschah!

Der Zweck der Aktion war zu zeigen, daß die höhnische Taktik der Unternehmer Grenzen hat. Es sollte der Kampf eingeleitet werden, um den Rachdünkel der Unternehmer zu brechen, um einen Erfolg zu erzielen, um die Bergarbeiter von einer neuen Verflabung und unter Kohlenwirtschaft vor völliger Verjüngung durch den Kapitalismus zu bewahren.

Darum handelte es sich!

Die Regierung hat es nicht vermocht, den Unternehmertrog zu brechen, sie konnte den Bergarbeitern nicht helfen. War sie willens, dies zu tun, so konnte ihr der Schritt des Verbandes nur erwünscht sein. War sie nicht geneigt zur ehrlichen Hilfe, so war auch hier dieses Druckmittel angebracht.

Es hat geholfen.

Kameraden! Ihr, wißt, warum die Verbandsleitung euch zum Kampf, zur Massenkündigung aufrief. In ihrem Aufruf hat sie es euch gesagt, daß es sich um einen annehmbaren Manteltarif handelt. Im Vordergrund stand der Mindestlohn für Gedingearbeiter und die Gedingeregelung überhaupt. Ferner wurde verlangt, daß der Bergmann nicht mehr vier Wochen zu warten braucht, bis er in den Genuß seines verdienten Lohnes kommt. In der heutigen Preissteigerung ist dieses unerträglich. Für Krankfeiertage soll der Soziallohn gezahlt werden. Für die südlichen Randzechen sollte die Bestimmung über niedrigere Löhne gegen die übrigen Zechen des Ruhrgebiets beseitigt werden. Auch verlangten wir, daß die Richtlinien zum Betriebs-rätegesetz baldigst in annehmbarer Weise geregelt werden usw.

Alle diese Forderungen waren für den Zechenverband un-bisfutabel. Duzende Male wurden von den Werkvertretern und der Unternehmerpresse erklärt, daß die Regelung dieser Fragen im Sinne der Arbeiterforderung den Ruin für den Bergbau bedeuten würden. Man könnte nicht im entferntesten daran denken, auch nur an diese Fragen heranzutreten.

Für Vorstehendes können wir Berge von Beweisen bringen.

Auf einmal ging es!

Kaum war die Parole der Verbandsleitung heraus, als ganz schnell, wie nie zuvor, neue Besprechungen eingeleitet wurden. Die Unternehmer krummten und wanden sich, erzählten vom Bankrott der Bergwerke, aber sie wichen Schritt für Schritt zurück. Unsere Forderungen wurden fast restlos erfüllt!

Kameraden! Wer glaubt es noch auch, daß die Zechen-unternehmer ohne den Druck des Verbandes nachgegeben hätten? Wer das glaubt, der trete vor. Wir wissen, daß kein Mensch mit gesundem Verstand sich hervortragen wird.

Die Unternehmer werden jetzt jammern, daß sie bergewaltigt worden sind — ja, lieber Leser, jetzt kommt die Tragikomik — die Gewerkschaftsleitung wird jetzt erklären, daß der Erfolg nur deshalb zu verzeichnen ist, weil sie die Kündigungsparole abge-lehnt hat!

Nicht wahr, lieber Leser, das ist die Tragikomik deutscher Arbeitergeschichte!

Durch die Aktion des Verbandes hat der Manteltarif eine annehmbare Form erhalten. Der Verband kann stolz auf diesen Erfolg sein, den er für alle Ruhr-kameraden erkämpft hat. Wir können leider nicht auf alle Einzelheiten des Tarifs eingehen, das werden aber schon die Delegierten der Revierrkonferenz sowie auch die nächsten Versammlungen nachhaken. Nur einige Punkte seien hervorgehoben:

Als Mindestlohn für Gedingearbeiter brauchten bisher nur 4 Fünftel des auf der Schachtanlage im Vor-monat verdienten Gedinge-Schichtlohnes gezahlt werden. Jetzt muß der Mindestlohn soviel betragen, wie der höchste Reparatur-hauer-Schichtlohn weniger 5 Prozent. Das bedeutet: Bisher: Sauerdurchschnittslohn 254,59 Mk., davon 4 Fünftel als Mindestlohn = 203,67 Mk. Sauermindestlohn. Von jetzt ab: Reparatur-hauerhöchstdurchschnittslohn 239,50 Mk. weniger 5 Proz. = 227,58 Mk. Also ein Mehr von 20,86 Mk.

Die jetzigen Sauerdurchschnittslöhne der einzelnen Schachtanlage fallen als Grundlage für die Gedingefestsetzung weg. Dafür gilt als Sauer-Mindestdurchschnittslohn der höchste Reparatur-hauer-Schichtlohn zuzüglich 15 Prozent.

Bei Krankfeiertagen erhält der Bergmann nach 14-tägiger Krankheit das Kinder- und Hausstandsgeld gezahlt. Die Kosten müssen die Unternehmer tragen.

Die Arbeiter der südlichen Randzechen bekamen bisher 3 und 5 Prozent weniger Lohn als die anderen. Diefenigen Zechen mit 3 Prozent werden jetzt den anderen mit dem vollen Lohn gleichgestellt, die mit 5 Prozent erhalten jetzt nur noch 3 Prozent weniger.

In der Deputatlohnfrage ist festgelegt, daß jeder verbeiratete Bergmann 100 Zentner Kohlen für seinen Bedarf zu beanspruchen hat; eine Familie mit mehr als vier Personen bekommt 110 und mit mehr als sieben Personen 120 Zentner. Diese Menge kann jeder für seinen Bedarf beziehen, ohne daß ihn die Zechen irgendwie einschränken darf. Die Kellerkontrolle durch die Zechen fällt weg. Auch darf der Einzelne nicht mehr durch Entziehung der Kohlen für sechs Monate bestraft werden. — Invaliden und Witwen erhalten statt bisher 40, jetzt 50 Zentner Kohlen. — Leider haben die Arbeitervertreter in dieser Frage nicht ganz befriedigend abschneiden können, weil die Arbeitskammeraden den Unternehmern zuviel Material geliefert haben durch Dummdheiten, die hier unerwähnt bleiben sollen.

Die Maifeierfrage hat gleichzeitig eine befriedigende Lösung gefunden. In Zukunft darf jeder am 1. Mai feiern, ohne daß ihm die Schicht vom Urlaub abgezogen wird. Nur im nächsten Jahre (1923) muß sich jeder drei Tage vorher ab-melden. Dafür muß die Betriebsverwaltung acht Tage vorher durch Anschlag bekannt machen, daß sich jeder, der feiern will, abmelden muß. Das wird im nächsten Jahre eine gute Propaganda für unseren Feiertag sein.

Auch werden die Demonstrationstage wegen der Raubau-Ermordung nicht auf den Urlaub angerechnet.

Mit dieser Aufzählung wollen wir schließen. Weitere Einzelheiten werden die Kameraden, wie oben gesagt, in den Versammlungen erfahren.

Trübe Begleitermeinungen.

Es bleibt eine historische Tatsache, daß die Verbandsleitung den Aufruf erst dann hinauszugehen ließ, als die Leitung des christlichen Gewerkschaftsvereins und die der Polen ihre Nichtbeteiligung an der Massenkündigung erklärten. Nur der Gewerkschaftsverein S.-D. erklärte sich mit uns solidarisch. Durch diese Zersplitterung war selbstverständlich die Stohkraft der Bergarbeiter geschwächt. Das Bedauernswerte jedoch ist, daß die Gewerkschaftsleitung nach dieser Meinungs-verschiedenheit eine Sprache gegenüber dem Verband anschlug, die sittlich und moralisch den tiefsten Stand bisheriger Polemik darstellte.

Wir stellen fest, daß der Aufruf der Verbandsleitung sich sachlich und ruhig gegen die anders handelnden Organisationen gehalten war. Ebenso war es die letzte Nummer der „Bergarb.-Ztg.“. Demgegenüber mögen die Kameraden die Aufrufe, die Zeitungsartikel, die Reden der Gewerkschaftsvertreter und den „Bergknappen“ mit den unrigen vergleichen. Mehr brauchen wir nicht zu sagen! Wir lehnen es auch jetzt ab, in diesen Ton zu verfallen, der uns von der anderen Seite entgegenklang. Die Verbandsleitung blieb gegenüber dem sehr aufgeregten Treiben der Rechts- und Linksgegner in ruhiger Sicherheit und Sachlichkeit. Jetzt, nach dem Erfolg, wird sie es gleichfalls bleiben. Diese Sicherheit und Sachlichkeit ist die beste Zusicherung für ungezogene Menschen und wirkt gleichzeitig am überzeugendsten bei den Bergarbeitermassen.

Zu der Aeußerung des „Bergknappen“, daß wir die Arbeitsgemeinschaft zerstören wollen, haben wir zu sagen, daß dies nur der Wunsch der Gewerkschaftsleitung sein kann. Gründe: Die Verbandsleitung erklärte ausdrücklich in dem Aufruf, daß es Sache der Vertreter des christlichen Gewerkschaftsvereins und der Polen ist, nach ihrer Art zu handeln. Der Verband leitete seine Aktion erst dann ein, als die genannten Organisationen abgelehnt haben. Dazu hat er sein gutes Recht. Als Antwort auf diese souveräne Handlung des Verbandes erg

folgte eine widerwärtige Bekämpfung des Verbandes durch die Christen. Mit welchem Recht?

Sie verstehen wir die Arbeitsgemeinschaft nicht, daß wir von anderen Organisationen uns unsere Taktik vorschreiben lassen sollen, besonders dann nicht, nachdem die anderen nicht mit uns einen Weg gehen.

Wir begreifen den Schmerz der Gewerkevereinsleitung. Sie hat sich infolge ihrer Taktik selbst schwach gemacht und spielte in der Bewegung nur eine Statistenrolle. Das ist jedoch nicht unsere Schuld, sondern ihre eigene.

Zum Schluß noch eine Feststellung, die traurigste aus diesem Kampfe. Wir, die Kampfgenossen, fühlen uns wohl im Kampf mit der Reaktion. Wenn aber die Reaktion ihre Köpfe mit den von einer Arbeiterorganisation gegen uns gerichteten Pfeilen füllt und diese gegen uns gebraucht, so verleidet uns dieses den Kampf. Und leider müssen wir chronologisch feststellen, daß die Unternehmern ihren Kampf fast ausschließlich mit schriftlichen und mündlichen Neckerungen kritischer Gewerkschaftsführer gegen uns führten. Die Unternehmerversität hatte kein Material, dieses lieferte ihr die Leitung des christlichen Gewerkevereins. Was die Gewerkevereinsleitung auf dem Lab der Unternehmern ausruhen.

Unwahr, erdacht, ist die Behauptung der Gewerkevereinsleitung, daß der Verband die Kündigungsgesetze schon vor dem 1. Juli in Umlauf setzte. Dieselben sind erst am 6. Juli in Umlauf gekommen. Unter Streikmaterial ist allerdings immer in Ordnung und immer vorhanden, weil wir kein Parmanierverband, sondern eine Kampforganisation sind.

Ueber die Union brauchen wir nichts zu sagen. Das Notwendige findet der Leser in der Ausdrucks der Delegierten.

Ihres Vorstandes die Kündigungsgesetze unterschrieben haben. Dem Vorstand, den wir uns auf der Generalsammlung gewählet haben, müssen wir Vertrauen entgegenbringen, dann werden wir noch ganz andere Erfolge zeitigen können. Es ist schlicht mit den Unionisten anzubandeln. Sie sind ebenso unzuverlässig wie die Christen und haben uns bis zur letzten Minute bekämpft. Wir im besetzten Gebiet haben genügend Erfahrungen darin gemacht.

Dr. Müller (Glabbe) wendet sich entschieden gegen die Bürgerliche Presse, die bei Arbeiterbewegungen alle Todsünden erfleht. Die bürgerlichen Blätter müssen aus den Arbeiterbewegungen verschwinden und dafür Arbeiterzeitungen gelesen werden. Der Gewerkeverein hat es immer abgelehnt, einen energischen Schritt zu tun. Wenn die Unionisten die Einheitsfront haben wollen, müssen sie sich dem Verband anschließen. (Glabbe: Ja, sehr gut!) Die Offizierskammer, besonders auf den Fronten, müssen festgesetzt werden. Durch ihre Unkenntnis vermindern sie nur die Produktion und treiben die Leute unnötig an. Die Unorganisierten sind von den Erfolgen der Verbände ausgeschlossen.

Ein einstimmig angenommener Schlufantrag beendet die Debatte. Vertreter der Metallarbeiter sowie Geizer und Maschinenisten erklären nur noch ihre volle Zustimmung zu der vorliegenden Entschließung.

Kamerad Martini gibt noch bekannt, daß die Richtlinien für die Betriebsräte noch vor Abschluß dieses Monats erledigt sein müssen.

Die Abstimmung über die Entschließung ergab 373 Stimmen dafür und 15 Stimmen dagegen.

Schon lange nicht mehr hat Kamerad Gusemann ein solch kerniges Schlagwort gehalten, als diesmal wieder. Begeisterte Kampfeswille, Zusammengehörigkeitsgefühl sprühten hervor und zeichneten sich in den Gesichtern der Konferenzteilnehmer wieder. Als die Konferenz schloß, da erklang wieder einmal unser altes Kampflied. Lange haben wir es nicht mehr gehört, endlich, endlich wieder:

„Glück auf, Kameraden, durch Recht zum Recht
Uns sollen die Feinde nicht kümmern.
Wir hatten so manche verzweifelte Schicht
Und saßen die Sonne doch schimmern.
Nur einig, einig müssen wir sein,
So fest und geschlossen, wie Erz und Gestein.“

Zawohl, Kameraden, wir haben die Sonne wieder schimmern, haben, wieder erkannt, daß wir zusammen gehören. Wohl an, Kameraden, über diesem Zeichen werden wir siegen — über dem Zeichen des Zusammengehörigkeitsgefühls! Neues Leben, alter Kampfgeist muß in unsere Reihen einziehen. Dieser Sieg muß unsere Reihen stärken. Nutzen die Zeit, duldet keine Unorganisierten und Querköpfe, an die Arbeit mit

Glück auf!

	Steinkohlen	Braunkohlen	Stahlkohlen
1918	190 100	87 116	277 225
1918	146 868	88 369	285 297
1918	160 908	100 663	260 871
1919	116 681	98 862	210 544
1920	120 867	111 634	242 501
1921	126 962	122 942	268 904

(Zu beachten ist, daß 1919 die Förderung von Bohrungen, 1920 auch die des Saargebietes wegen Abtretung der Gebiete ausfiel.)

Aus der Aufstellung ist ersichtlich, daß die Förderleistung Deutschlands wieder steigt. 1921 ist die Steinkohlenförderung Europas von 453,3 (1920) auf 419,5, also um rund 14 Millionen Tonnen gesunken, die Förderung Deutschlands jedoch in steigender Linie. Die Lokomotive nun zu solcher Entfaltung in der Auslandsförderung? Warum ergreift er nicht auch von der Raubbauwirtschaft, die während des Krieges im deutschen Bergbau getrieben wurde? Dieses hat selbst die „Reinisch-Börsenzeitung“ eingestanden, und Tatsache ist, daß im Kriege die Förderleistung nur mit Raubbau, mit der größten Anstrengung und Hunderttausenden von Kriegsgefangenen hochgehalten wurde. Nach Beendigung des Krieges stiegen plötzlich die Kriegsgefangenen aus und die Republik übernahm den von monarchistischen Kriegstreibern ruinerten Bergbau. Das dürfte auch Herr Gothein wissen. Jetzt geht es mit Hilfe und unter dem Druck der Reparationsforderungen wieder aufwärts.

In den letzten Monaten kamen wieder die Förderleistung sehr bedenklich. Neben den Abwanderungen der Arbeiter aus dem Bergbau (mer trägt die Schuld daran, etwa die Arbeiter?) hat das Unternehmertum so viel Explosionsstoff in die Arbeiterklasse hineingebracht, daß sich der Renner wundern muß, daß überhaupt noch die Bergarbeiter bei der Arbeit bleiben. Herr Gothein könnte z. B. auch im Ausland erzählen, wie die Unternehmer aus reiner Willkür und aus Prinzip wegen der Raubbau die Bergarbeiter zur längeren Arbeitsniederlegung in verbrecherischer Weise provoziert haben.

Ebenso steht es mit der Behauptung Gotheins, daß die Bergarbeiter nur 6 1/2 Stunden arbeiten. Nach seiner Ansicht müssen sie 8 Stunden arbeiten. Im deutschen Steinkohlenbergbau beträgt heute die Schichtzeit 7-7 1/2, im Braunkohlenbergbau 8 Stunden. Die Lokomotive nun zu solcher Arbeitszeit? Wenn er etwa behaupten will, daß durch Ein- und Ausfahrt 1/2-1 1/2 Stunden von der Arbeitszeit verloren gehen, so müßte nach seiner Logik die Schichtzeit im Bergbau 9 1/2-10 1/2 Stunden betragen. Solche Unberücksichtigkeiten verlangen selbst die reaktionärsten deutschen Unternehmer nicht. Dieser neue große „nationale“ Gedanke muß also Herrn Gothein allein überlassen werden.

Gerade so unfähig und unwahr ist die Behauptung, daß der „Anreiz eines vernünftigen Akkordsystems“ fehlt und daß auch der „Faulste noch den Durchschnittslohn“ erhält. Herr Gothein soll doch etwas vom Bergbau verstehen, und da ist es nicht zu begreifen, wie er zu diesen Behauptungen kommt; entweder ist er von allen guten Geistes verlassen, oder er lebt auf dem Mond. Tatsache ist doch, daß im deutschen Bergbau noch das Gedingesystem aus der Vorkriegszeit besteht. Eingekommen ist nur der Grundlohn, welcher jedoch nur die Hälfte des Durchschnittslohnes ausmacht. Der Mindestlohn der Gedingearbeiter beträgt fünf Sechstel des Durchschnittslohnes im Vormonat. Diesen Satz führen wir wirklich aus dem im Juni gefällten Schiedsspruch zum Montanvertrag für das Ruhrgebiet. Grundlohn wie Mindestlohn werden jedoch auch nur bei einflussreichender Leistung gezahlt. Die kann Herr Gothein in der Auslandspresse nun die gegenteilige, durchaus unwahre Behauptung aufstellen?

Ebenso widerwärtig ist die Behauptung, daß die Bergarbeiter „an der Förderung reiner Kohlen nicht interessiert“ sind, weil die frühere Strafe, das „Kullen“ der Wagen, abgeschafft ist. Tatsache ist, daß das „Bogennullen“, dieses unflätliche und den Bergmann jeder Billigkeit und Betrugsneigung der Vorgesetzten auslehnende „Strafmittel“, schon vor dem Kriege, nach dem Streik 1905 abgeschafft ist. Was hat das „Bogennullen“ also mit der Förderung von 1913 und 1921 zu tun? Wer heute unreine Kohlen liefert, kann bis zu 5 Mark bestraft werden und ferner — wir zitieren aus der Arbeitsordnung für das Ruhrgebiet: „Bei unreiner Ladung wird der unreine Teil der Ladung ausgelesen, gemessen und so kann in Abzug gebracht.“ Man vergleiche nun diese Tatsachen mit der Behauptung Gotheins. Warum behauptet nun Herr Reichsminister a. D. Gothein diese unwahren Behauptungen, warum legt er den deutschen Bergarbeiterstand im Ausland so herunter? Ja, warum? Entweder besteht er nicht von den Dingen, oder es geschieht mit Willkür! Beides ist eben bemerklich. In Deutschland finden die Bergarbeiter die Anerkennung selbst der höchsten Regierungsstellen, Herr Gothein dagegen verbreitet im Ausland die schlimmsten, ehrenrätendsten, unwahren Dinge über die herringerigte Arbeitsleistung — über die „Faulheit“ der deutschen Bergarbeiter. Das kann nur jemand tun, dem die Befundung deutscher Wirtschaft nicht ernst ist.

hoffnungsvoller Lichtblick für unsere Organisation.

Unsere Konferenz vom 14. Juli brachte unserem Verbande einen Ehrentag, der seit Jahren seinesgleichen sucht. Eine solche Einheit hat unsere große Familie, unser Verband, kaum je in Friedenszeiten erlebt. Uns allen, die wir seit den letzten Jahren Konferenzen besuchen, die wir alle eine vollkommene ruhige, harmonische Konferenz fast nicht mehr kennen, war dies eine wohlthuende Genugtuung. Trotz alledem haben wir wieder, endlich wieder, uns gegenseitig verstehen gelernt. Jetzt wird es auch wieder gehen.

Kamerad Gusemann eröffnet die Konferenz und weist einleitend darauf hin, daß die Union ein Flugblatt an die Delegierten verteilte, in welchem aufgefordert wird, daß die Delegierten über den Kopf der Verbandsleitung hinweg eine Kommission wählen sollen, welche mit der Union Verhandlungen führen soll zur Bildung einer gemeinsamen Kampffront. Ferner gibt er bekannt, daß draußen eine Kommission der Union sei, welche ihn um Zutritt zu der Konferenz ersucht habe.

Mit einer Neunzehntelmehrheit beschließt die Konferenz, diese Kommission nicht einzulassen, weil die Konferenz keine öffentliche ist und faktische Fragen zur Beratung stehen.

Nach einer kurzen Einleitungsrede, in welcher Kamerad Gusemann alle die falschen Darstellungen der Gegner ins rechte Licht rückt, nimmt Kamerad Schmidt zum Bericht das Wort. Hier brauchen wir über diesen Bericht nichts zu sagen, weil die Leser an anderer Stelle das Notwendige finden. Erwähnenswert ist jedoch, daß Kamerad Schmidt einen Beifall erntete, wie man es auf Konferenzen nicht mehr gewöhnt ist.

Vor Eintritt in die Debatte gibt Kamerad Gusemann auf Anfrage noch bekannt, daß bereits wieder neue Lohnforderungen eingezeichnet und daß für die letzte Zukunft Verhandlungen angelehrt sind.

Folgende Entschließung wird der Konferenz zur Diskussion vorgelegt:

„Glück auf, Kameraden, durch Recht zum Recht
Uns sollen die Feinde nicht kümmern.
Wir hatten so manche verzweifelte Schicht
Und saßen die Sonne doch schimmern.
Nur einig, einig müssen wir sein,
So fest und geschlossen, wie Erz und Gestein.“

Zawohl, Kameraden, wir haben die Sonne wieder schimmern, haben, wieder erkannt, daß wir zusammen gehören. Wohl an, Kameraden, über diesem Zeichen werden wir siegen — über dem Zeichen des Zusammengehörigkeitsgefühls! Neues Leben, alter Kampfgeist muß in unsere Reihen einziehen. Dieser Sieg muß unsere Reihen stärken. Nutzen die Zeit, duldet keine Unorganisierten und Querköpfe, an die Arbeit mit

Glück auf!

Minister a. D. Gothein u. die Bergarbeiter.

Herr Gothein scheint in Deutschland zu wenig Ublafellen für seine Weisheit zu haben, deshalb geht er nach Oesterreich, wo er in der Wiener „Neue Freie Presse“ seine Gesinnung zum besten gibt. Das würde uns weniger interessieren, wenn er dabei die deutschen Bergarbeiter in Ruhe ließe. In der Nummer vom 1. Juli genannten Blattes schreibt Herr Gothein über „Die wirtschaftliche Not in Deutschland“ und sagt über die Bergarbeiter:

„Von Monat zu Monat geht die Leistung der Bergarbeiter zurück. Die Monatsleistung im Juni dürfte im Ruhrgebiet um 600 000 T. hinter der des Mai zurückbleiben, die des letzteren ist um 92 000 T. gegen den März gesunken usw. Die Lohnaufgabe bleibt aber für das verringerte Förderquantum nicht nur die gleiche wie für das frühere höhere, sondern sie steigt und steigt weiter. Natürlich müssen die Kohlenpreise entsprechend erhöht werden, alle Produktionskosten steigen; alles wird teurer. Im Jahre 1921 betrug die Förderleistung pro Kopf im Ruhrgebiet nur noch 382 Prozent der des Jahres 1913; im Jahre 1922 dürfte sie auf unter die Hälfte zurückgegangen sein. Allerdings ist in den letzten Monaten die Beschäftigung zurückgegangen, doch liegt das in keinem Verhältnis zum Rückgang der Förderleistung, die pro Kopf und Schicht im Juni 12,37 Prozent niedriger war als im März.“

Auf die hohen Ausgaben für eingeführte Auslandslohlen verteidigt, schreibt Gothein weiter:

„Dabei könnten wir dieses Geld sparen, wollten die Bergleute statt 6 1/2 Stunden 8 Stunden arbeiten. Aber selbst in dieser Zeit wird nicht mehr fruchtbar gearbeitet. Fehlt doch der Anreiz eines vernünftigen Akkordsystems dazu. Auch der Faulste erhält noch den Durchschnittslohn, der ihm ein auskömmliches Leben sichert. Und wird es teurer, so wird der Lohn erhöht.“

Kannten sich noch vor einigen Monaten die Bergleute für ihre Minderleistung mit einem Ansehen von Recht auf die ungenügende Stellung von Eisenbahnwagen berufen, so ist inzwischen auch dieser Mißstand beseitigt. Die Minderförderung hat ausschließlich in der verringerten Arbeitsleistung ihre Ursache. Und sie drückt sich nicht nur in der verminderten Menge, sondern ebenso in der verringerten Güte der Kohle aus. 25-28 Prozent der Kohle besteht aus Steinen, die bei den reich gesteigerten Frachten die wirklich brennbare Kohle noch ungebeizt weiter verteuern, die den Geizern die größten Schwelertigkeiten machen. Der Bergarbeiter ist an der Förderung reiner Kohle nicht mehr interessiert; früher wurde der unrein gefüllte Förderwagen „gewollt“, d. h. kein Lohn dafür gegeben. Heute ist auch diese Strafe in Wegfall gekommen.“

Wir haben bisher manche frivole Beschimpfung der Bergarbeiter hören müssen, die des Herrn Gothein übersteigt jedoch alles Dagegenesene. Es ist zu verstehen, wenn die Gegner der Bergarbeiter und die Schuldigen an unserem Jammer die Schuld von sich und auf andere wälzen wollen. Nieher hat man aber doch die Beschuldigung der Bergarbeiter mit schmeibaren Argumenten zu hemmeln versucht. Der Reichsminister a. D. und Reichsstaatssekretär Gothein berichtet jedoch auch auf schmeibare Weise, gestützt mit den widerwärtigsten und offensichtlich unwahren Behauptungen vor. In Deutschland selbst will er scheinbar diese schmeiblichsten, jedem Renner als unwahr und übertrieben bekannten schmeiblichen Dinge zum Besten geben, deshalb trägt er diese nach Oesterreich, wohl deshalb, um die Annäherung Deutschlands und Oesterreichs zu fördern. Würde Gothein solche Behauptungen in der deutschen Presse aufgestellt haben, dann würde sie kein vernünftiger Mensch ernst nehmen und wir bräuchten sie nur mit einigen Worten zu widerlegen. Weil jedoch in Oesterreich noch die soeben genannten unwahren Behauptungen vorhanden sind, können wir solche Behauptungen unserer Bergarbeiter nicht zulassen, ohne kurz zu beweisen, wie widerwärtig und unwahr sie sind.

In dem ersten Absatz des Zitats spricht Gothein von der Förderung und sagt, daß die Leistung der Bergarbeiter von Monat zu Monat zurückgeht. Dabei redet er von den Förderzahlen der Jahre 1921 und 1922 im Vergleich zu 1913. Der unwissende Leser, besonders der des Auslandes, mag aus der Zusammenfassung zu der Tabelle kommen, daß tatsächlich die Förderleistung seit dem Kriege immer mehr gesunken ist und daran die Faulheit der Bergarbeiter. Die letzte Schichtzeit im Bergbau (7-8 Stunden) sowie der Wegfall der früheren betrübendsten Strafen — „Kullen“ — „Nullen“ — „Kuhleiten“. Wie geht es nun mit der Förderung? Hierüber folgende Zahlen (in 1000 Tonnen):

Bekämpfung der Kohlennot.

Die Kohlennot zu bekämpfen, gibt es mehrere Wege. Der eine ist, mehr Kohlen zu fördern, der andere, die gefördertete Kohle besser auszunutzen. Um das letzte haben die Ingenieure und Chemiker sich schon lange bemüht, hauptsächlich soweit es um den industriellen Kohlenverbrauch ging, weil der Wettbewerb zu billigerer Erzeugung anregte. Die Feuerungstechnik konnte schon vor dem Kriege auf manche Erfolge zurückblicken. Es ist aber einleuchtend, daß nachdem durch den Krieg und noch mehr durch den Versailler Vertrag, den man fälschlich einen Friedensvertrag nennt, die Kohlennot so groß geworden war, sich das allgemeine Bestreben dahin lenkte, alle nur immer möglichen Mittel zur Kohlenherstellung anzuwenden. Was auf dem Gebiete geleistet worden ist, hat man jetzt in Essen in einer Ausstellung „Die Wärme“ zusammengetragen, um es allen Kreisen der Bevölkerung vor Augen zu führen und sie zur Mitarbeit an dem großen Werk aufzurufen; denn ein jeder von uns ist Kohlenverbraucher und kann sparen. Nichts ist falscher, als wenn der Bergmann, geküßt auf seine Deputatskölle, glaubt, der Sparmaßstab entboden zu sein. Wer Kohle vergeudet, gibt nur den Unternehmern für ihre Förderung auf Verminderung des Deputats Material in die Hand. Und gerade im Haushalt wird zurzeit auf unwahrscheinlichen Feuerungen noch viel zu viel verbrannt.

Die Ausstellung zeigt in überreicher Fülle, wie man Wärme erzeugt, leitet und verwendet, und wie man den Verlust der Wärme überwachen, ihren Verbrauch auf das genaueste messen kann. Sie zeigt die Benutzung, den Brennstoff bis auf den letzten Rest auszunutzen und Brennstoffe zu verwenden, die man früher fortwarf. Der wichtigste Weg der Umwandlung der Kohlenenergie in Wärme ist der der Verwendung unterem Dampfes. Im Jahre 1918 fanden 114 806 Kessel unter der Aufsicht der deutschen Kesselüberwachungsvereine, 1920 nur 100 043. Um 18 Prozent haben also der Krieg und seine Folgen (Gebietsverlust) die Zahl hermindert. Der Dampf gibt uns dann Kraft in der Dampfmaschine oder Dampfturbine, und er gibt die Wärme, die die Gemische industriell, oder auch die Befehle braucht.

Die Kesselüberwachung ist darum das erste, was geprüft und verbessert werden muß. Wo die Beschädigung des Kessels noch von Grund gefehlt, laßt sich schon auf dem Geizer ein Stück Verantwortung, wie aus den bildlichen Darstellungen des Kesselüberwachungsvereins her zu sehen ist, immer muß er die Kohlenrichtig auf dem Kessel gleichmäßig halten, seine Stelle des Kessels, darf frei bleiben, nicht zu hoch darf die Kohle liegen. Aber der Betriebsingenieur muß auch genau wissen, wieviel Dampf mit der verfeuerteten Kohle erzeugt worden ist. Dazu gibt es automatische Apparate zur Abmiegung des Kesselipfeijens, wie sie z. B. von der Firma Steinmüller angefertigt sind, und die Firma Gehe zeigt Apparate, mit denen die Menge des durch ein Rohr strömenden Dampfes gemessen werden kann. Mit solchen Hilfsmitteln ist der Betriebsingenieur einer großen Anlage, z. B. einer Zechen, in der Lage, genau zu verfolgen, wo der von seiner Kesselanlage erzeugte Dampf bleibt. Er kann nun leicht jede Maschine darauf hin überwachen, ob sie für ihre Leistung zu viel verbraucht. So hat z. B. die Zechen Prospekt der Kruppbergischen A.-G. Lehrreichte Schoubüber ausgeführt, und zeigt dort, wie sich der Dampf auf Fördermaschine, Pressluftzerzeugung (Kompressoren), Wasserpumpe und Beleuchtung (Dampfturbine), Dampferzeugung (Dampfkessel), auf Heizung und Dampferzeugung verteilt. Er läßt auch, ob er unterwegs in den langen Rohrleitungen Abmiegungsstellen hat. Die Messung der Leitungen, ihr Wärmeverlust, ist die Grundlage sparsamer Wärmeverwertung. Es muß aber auch die Feuerung überwacht werden. Dabei ist das wichtigste, daß die für den Verbrennungsprozess richtige änderliche Luftmenge zugeführt wird, so daß alle Kohlenstoff in Kohlenäure verbrennt, daß also nicht wertvolle Stoffe in den Abgasen verbleiben und daß die durch den Sparmaßstab

Die am 14. Juli in Bochum tagende Redierkonferenz der freien Gemeindefürsorge des Ruhrgebietes nimmt dem Wunsch des Ruhrverbandes vom 22. bis 23. Mai einschließlich der dazu gehörigen protokollierten Erklärungen und der nachfolgenden Verhandlungsergebnisse zu. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, von der Einreichung der eingelaufenen Kündigungsgesetze abzulassen.

Von der gesamten Ruhrbergarbeiterchaft wird erwartet, daß sie die allein durch das energische Vorgehen des Bergarbeiterverbandes erzieltten Ergebnisse durch Stärkung der Reihen der Verbandemitglieder befestigen helfen.

Die Diskussion.

Gutter (Bezirk Gattingen): Die Bergarbeiterchaft hat einen geistigen Sieg errungen. Dieser Sieg muß ausgenutzt werden, um unsere Führer moralisch zu weiteren Erfolgen zu unterstützen. Den christlich organisierten Bergarbeitern müssen wir solidarisch entgegengetreten. Sie sind an der Haltung ihrer Leitung nicht schuld. Wir machen moralische Erhebungen, wenn wir weiter so schlicht auftreten als bisher. Die Öffentlichkeit ist sowohl als die Bergarbeiter, auch die christlichen, wissen zwischen den Schimpereien ihrer Leitung und unserer schlichten Haltung sehr wohl zu unterscheiden. Redner erklärt, daß er für die Entschließung stimmt.

Reichert (Redinghausen-Oh): Unsere Aufgabe ist, für die Entschließung zu stimmen.

Overhagen (Essen): Sie atmeten erschüttert auf bei dem Vortrag des Kameraden Schmidt. Ich gönne dem Kameraden Schmidt den Erfolg. Ich spreche für die Entschließung. Trotzdem darf ich kritisieren. Wir gefehlt die Kündigung nicht. Es ist richtig, daß die Kündigungen einen End ausüben. Aber es dieser Weg immer gut ist. Nichts ist falsch. — Redner kritisiert einige Punkte, besonders die Deputatslohlenfrage, kritisiert auch die Bergarbeiter, welche den Unternehmern als Demagoganten Material liefern. Sager die Union gestützt, sagt er: Die Union war nicht willens, zu kämpfen, das beweisen Ihre Forderungen. Solche Forderungen wie bei den Unionisten auf den Bergen, hat man noch nicht gesehen.

Röhlen (Bezirk Redinghausen-Oh) erklärt, daß auf seiner Schichtanlage in der Villa in Hüls die Gewerkevereinsmitglieder und Unionisten die Kündigungsgesetze ausgefüllt hätten. Die Gewerkevereinsleitung hat wieder einmal bewiesen, wie ungenügend sie sich bei heranziehenden Bewegungen, wie die jetzige eine war, verhält. Es muß möglich werden, daß Lärche auch ohne die christlichen Gewerkschaften zum Abschluß zu bringen sind. Die Lohnfrage darf niemals auf die lange Bank geschoben werden. Wir erwarten, daß auch eine entsprechende Regelung der Richtlinien für Betriebsräte erfolgt, damit endlich mal die doppelte Auslegungslust der Gewerkevereinsleitung ein Ende nimmt.

Soll (Castrop): Was wir erreicht haben, ist nur ein Erfolg unserer Kampforganisation. Und das Einzige ist. Die Leitung des Gewerkevereins ist bei allen Kämpfen immer eine zweifelhafte gewesen. Die Gewerkevereinsmitglieder sind zu bezaubern. Die Gewerkevereinsleitung des neuen Reichslohnens hat nur auf den Druck der Reichsregierung zurückzuführen. Mit dem Reichslohn hat der Reichsminister sich auch schon einmischend erreicht. Eine Vereinbarung mit den Unionisten herbeizuführen, ist keine einfache Sache. Es sind gewisse Punkte zu klären.

Regemann (Ahr): Zu den Erfolgen dieser Bewegung brauchen wir nicht mehr zu sagen. Erfreulich ist es, daß auf vielen Schichtanlagen die Gewerkevereinskameraden trotz der bombastischen Auftritte

abgebende Wärme möglichst gering bleibt. Eine Reihe von Firmen, auch der Dampfseifenherstellungsbereite, haben solche Apparate ausgestellt, mit denen man die Zusammenfassung der durch die Schmelzen abgehenden Gase prüfen kann, um je nach ihrer Beschaffenheit die Luftzufuhr zur Feuerung zu regulieren. Der Feuerteller kennt den Jüngsten vom Dampfseifenhersteller, der nach gefälliger Vorrichtung in bestimmten Zeiträumen im Hefebau erscheint, und manchmal von ihnen ist diese Kontrolle sehr lästig; aber sie ist notwendig und der Feuerteller sollte sich über freuen. Denn einmal gibt sie ihm durch rechtzeitige Vorbeugung Sicherheit gegen die Gefahren von Explosionsgefahren und zum zweiten hilft sie ihm, seinen schmerzlichen Beruf so auszuüben, daß der unheimlichste gräßliche Augenblick herauskommt. Daran muß dem Arbeiter aber auch gelegen sein; hier ist eins der vielen Beispiele, daß Hand- und Kopfarbeiter zusammengehören, um sich zu ergänzen.

Von großer Wichtigkeit ist aber auch, was für Material zur Verbrennung kommt. Gerade jetzt ist das wichtig, wo unsere wertvollste Kohle als Kribut des Besten nach Frankreich geliefert werden muß. Da haben wir, beinahe als Abfall bei der Kohlenförderung, die Feinkohle, die reichlich 25 Prozent der ganzen Förderung umfaßt. Zu ihrer Verbrennung brauchte man u. a. komplizierte bewegliche Röhre, mit sehr engen Zwischenräumen und führte die zur Verbrennung notwendige Luft durch ein Gefälle zu, die sogenannte Unterdampfheizung. Jetzt ist man auf einen anderen Weg gekommen; man macht die Feinkohle zu Staub und führt diesen Kohlenstaub mit Luftdruck in die Feuerung hinein, wo er reißlos bei sehr hoher Temperatur verbrennt. Eine solche Feuerung wird in der Ausstellung im Betriebe vorgeführt, andere sind in Abbildungen dargestellt. Der Bergmann fürchtet den Kohlenstaub und seine Verbrennung mit dem Feuer, hier ist in gefährlicher Weise der Kohlenstaub der menschlichen Wirkkraft blendbar gemacht.

Nach dieses andere ist in der Ausstellung zu sehen. Dampfsteffel sind in Bildern und Modellen zahlreich vorgeführt. Es kann nicht alles einzeln erwähnt werden. Wichtig ist aber noch alles das, was auf den Hausbrand Bezug hat. Dort finden wir auch ein Modell und Abbildungen dargestellt, welche Fehler trotztauglich von der Hausfrau beim Heizen des Herdes und des Stubenofens gemacht werden, die zu unvollkommener Verbrennung des Heizstoffes und damit zu seiner Verschwendung führen. Es wird gezeigt, wie jedes Brennmaterial und jeder Ofen seine besondere Behandlung erfordert, und wie nötig es danach ist, daß schon in der Volksschule Knaben und Mädchen mit den Grundbegriffen der Verbrennungsvorgänge vertraut werden.

Wir offenen Auges und mit dem Verständnis, daß jeder Laie aufbringen kann, durch die Ausstellung gewandelt zu sein, wird seine Freude daran haben, wie reißlos die Arbeiter daran arbeiten, dem leidenden Vaterlande in einer seiner schwersten Nöte zu helfen, damit den Wiederaufbau vorzubereiten und den technischen Fortschritt im Gange zu fördern.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

600 Millionen Mark für Sozialrentner in Preußen.

Waren die Sozialrentner schon vor dem Kriege nicht auf Kosten gebettet, so hatte der Krieg und die damit verbundene Geldentwertung ihre Lage geradezu katastrophal gestaltet. Die Rentenerhöhungen und Leberungszulagen in der Weimarer Zeit haben nicht vermocht, die Sozialrentner vor der äußersten Not zu schützen. Im preussischen Landtag haben sich Kameraden unseres Verbandes für die Aufbesserung der Bezüge mit aller Entschiedenheit eingesetzt. Die Rentenerhöhung ist allerdings Reichsangelegenheit, und da beantragen unsere Kameraden, eine bestimmte Summe als Beihilfe zu den festgesetzten Renten bereit zu stellen. Im vergangenen Herbst beantragten Kamerad Otter u. Gen., 100 Millionen Mark für diese Zwecke bereit zu stellen. Mit Hilfe des Rentners wurde schließlich der Antrag von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Man warf unseren Kameraden Agitationsmache vor. Bei der Beratung des Budgets forderten die Kameraden Otter und Heinsmann eine Ausschüttung von 50 Millionen Mark als einmalige Beihilfe für Berg- und Unfallschaden, Witwen und Waisen. Auf einmal haben sich auch diese bürgerlichen Parteien besonnen und haben ebenfalls Anträge eingebracht, obwohl sie früher sehr Agitationsmache vorwarfen. Mit allen Anträgen, die auf eine Beihilfe des preussischen Staates zu den geschätzten Renten gedacht worden sind, beschäftigte sich der Hauptausschuß des preussischen Landtages am 8. Juli 1922. Er nahm den Antrag des Unterausschusses an, der die Summe bis zu 600 Millionen Mark bereit stellt. Da alle Parteien sich für sofortige Hilfe bereit erklärt und ihre Zustimmung dazu gegeben haben, so wurde der Beschluß des Hauptausschusses im Plenum am 11. Juli ebenfalls angenommen. Die Regierung ist ermächtigt worden, möglichst herbeizuschaffen für die Verteilung der eingetragenen Fälle. Es soll auch den in Not geratenen Rentnerinnen geholfen werden.

Aus der Tarifpraxis.

Ein Urteil zur Malierfrage.

Ein Arbeiter der Kohberggrube feierte am 1. Mai, indem er sich vorher entschuldigte. Die Werkverwaltung zog ihm diese Schicht als unbillig gefehlt. Der Arbeiter klagte am Gewerbegericht, welches unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts H. v. S. b. a. am 20. Juni d. J. folgendes Urteil fällte:

„In Sachen des Arbeiters August S. i. d. l. in Guel (Bezirk Köln), Kläger, vertreten durch Gewerkschaftssekretär Simon gegen die Firma Braunkohlen- und Bräunungswerke Kohberggrube K.-G. bei Köln, Beklagte, wird für Recht erkannt:

Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger 173,36 Mk. (in Worten: Einhundsechszigunddreiunddreißig Mark und 36 Pfennige) zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Die Gerichtskosten werden auf 6 Mk. festgesetzt.

Zu Befund und Gründe. Dem Kläger steht nach dem Tarifvertrag ein Urlaub von vier Tagen zu, während des Urlaubs ist der Lohn weiter zu zahlen. Der Beklagte hat dem Kläger nur drei Tage Urlaub bezahlt, Kläger verlangt Bezahlung des vierten Tages mit 173,36 Mk.

Die Beklagte weigert sich, diesen Betrag zu zahlen, mit der Begründung, Kläger habe am 1. Mai ohne Entschuldigung und unentschuldig gefehlt, deshalb sei sie nach § 4 Nr. 6 des Tarifvertrages berechtigt, davon einen Tag der Urlaubszeit ohne Entgelt zu gewähren, abzuhaken. Das Gericht hat diesen Einwand nicht für begründet erachtet. Der 1. Mai wird von weiten Schichten der Arbeiter als Feiertag gehalten, und es ist allgemein üblich, daß Arbeiter an diesem Tage sich ausdrücklich entschuldigen, wenn sie ihrem Arbeitgeber anzeigen, daß sie am 1. Mai nicht arbeiten. Somit mußte das Ausbleiben des Klägers, der zugegebenermaßen der Betriebsleitung der Beklagten rechtzeitig mitgeteilt hatte, daß er am 1. Mai nicht arbeite, nicht als unentschuldig und unberechtigter Arbeitsverweigerung im Sinne des Tarifvertrages angesehen werden, so daß die Beklagte auch nicht zu dem gemachten Abzug berechtigt war. Da die Verletzung unter Zugabe der Arbeitervertretung dem Streitfall mangels Einigung nicht entscheiden konnte, hatte das Gericht, wie gefordert, zu entscheiden.

Wie aus dem Urteil zu ersehen, liegt die Kohberggrube in Brühl bei Köln und nicht etwa im Ruhrgebiet. Auch war der Vorsitzende kein republikanischer Bergarbeiter, sondern ein Rechtsanwalt. Deshalb dieses Verständnis für die Dinge. Nicht wahr, ihr Unternehmer und ihr Bergarbeiter, eure Höpfe machen angeblich solche geistige Rechtsprechung? Im Ruhrgebiet z. B. müssen über diese Frage erst schriftliche Erklärungen herbeigefordert und wochenlange Konferenzen mit höchsten Regierungsmännern abgehalten werden. In Köln entscheidet ein Rechtsanwalt mit vier Zeugnissen in einer Stunde über diese Frage.

Vereinbarungen und Schiedsprüche im Siegener- und Siegerer Bezirk.

Wie wir bereits berichteten, beschloß die Verbandsleitung dieses Bezirke in einer Konferenz am 2. Juli, die Klagen einzureichen. Die wesentliche Ursache bildete die Lohnfrage. Erneute Verhandlungen haben nun folgende Schiedsprüche und Vereinbarungen herbeigeführt:

- 1. An alle am 1. Juli 1922 in den vorbestimmten Betrieben beschäftigten Arbeiter, soweit sie nicht inzwischen aus gesetzlichen Gründen ausgeschieden sind, ist mit Wirkung vom 1. Juli 1922 eine feste Zulage je verfahrenes Schicht zu zahlen von 44 Mk. bei 19 Jahren, 40 Mk. von 20 bis 29 Jahren, 46 Mk. von 30 bis 39 Jahren, 48 Mk. von 40 bis 49 Jahren, 50 Mk. von 50 bis 59 Jahren, 52 Mk. von 60 bis 69 Jahren, 54 Mk. von 70 bis 79 Jahren, 56 Mk. von 80 bis 89 Jahren, 58 Mk. von 90 bis 99 Jahren.
- 2. Es steht den einzelnen Betrieben frei, im Einverständnis mit dem Betriebsrat ab 1. August 1922 die Hälfte vorstehender Zulagen

auf das Grundgebirge zuzulegen, jedoch muß sich hieraus eine Erhöhung des Gesamtdurchschnittslohnes um nicht weniger als 44 Mk. ergeben.“

Dazu kommt noch der Schiedspruch vom 23. Juni, welcher ab 1. Juni eine Lohnerhöhung von 15 Mk. für Arbeiter über 20 Jahre, 16 Mk. über 18 J., 14 Mk. über 16 J. und 9 Mk. für Jugendliche über 14 Jahre bringt. Die Zeitgehälter sind also um 62 Mk. erhöht worden.

Für den Siegerländer Eisensteinbergbau liegt folgender Schiedspruch vor:

1. Mit Wirkung vom 16. Juni 1922 ab werden die Löhne im Durchschnitt um 20 Mk. je Mann und Schicht erhöht, vom 1. Juli ab tritt eine weitere durchschnittliche Lohnerhöhung um 40 Mk. je Mann und Schicht ein.

2. Für den Monat Juni wird die Lohnerhöhung als feste Zulage gewährt.

3. Von der Gesamtlohnerhöhung entfällt bei Gehildegarbeitern ab 1. Juli die Hälfte auf die feste Zulage, um die andere Hälfte werden die bestehenden Gehildegelöhne erhöht.

4. Die Verteilung der durchschnittlichen Lohnerhöhung auf die einzelnen Gruppen geschieht durch die Arbeitsgemeinschaft.

5. Die Parteien wollen sich bis zum 20. Juli über die Annahme des Schiedspruches gegenüber dem Reichsarbeitsministerium erklären.

Für den oberhessischen und Westfälischen Braunkohlenbergbau wurde folgender Schiedspruch gefaßt:

1. Mit Wirkung vom 1. Juli 1922 werden folgende Lohnhöhen für die Schicht gewährt: für Arbeiter über 20 Jahre 66 Mk., 19 J. 60 Mk., 18 J. 54 Mk., 17 J. 48 Mk., 16 J. 42 Mk., 15 J. 37,50 Mk., 14 J. 33 Mk.

2. Von diesen Lohnhöhen treten in Kraft am 16. Juni 1922 für Arbeiter über 20 Jahre 22 Mk., 19 J. 20 Mk., 18 J. 18 Mk., 17 J. 16 Mk., 16 J. 14 Mk., 15 J. 12,50 Mk., 14 J. 11 Mk.

3. Für den Monat Juni 1922 wird eine einmalige Zulage gewährt für Arbeiter über 20 Jahre 110 Mk., 19 J. 105 Mk., 18 J. 100 Mk., 17 J. 95 Mk., 16 J. 90 Mk., 15 J. 85 Mk., 14 J. 80 Mk.

4. Mit Wirkung vom 16. Juni 1922 wird für die oberhessischen Braunkohlenarbeiter ein Hauslohngehalt von 2 Mk. je Mann und Schicht und eine Erhöhung des Kindergeldes von 50 Pf. je Kind und Schicht, für die Westfälischen Braunkohlenarbeiter eine Erhöhung des Kindergeldes von 1 Mk. je Kind und Schicht gewährt.

In diese Lohnhöhen werden einbezogen die im Schiedspruch vom 23. Juni für die obgenannten Gruppen vorgesehenen Zulagen.

5. Die Parteien wollen sich bis zum 12. Juli 1922 gegenüber dem Reichsarbeitsministerium über die Annahme des Schiedspruches erklären.

Die Parteien sind sich darüber einig, daß im Falle der Annahme des Schiedspruches im Einvernehmen mit dem Betriebsrat ab 1. August 1922 die Hälfte der im Schiedspruch gewährten Lohnerhöhung auf das Gehildegeld zuzusetzen ist mit der Maßgabe, daß hierdurch eine Erhöhung des Gesamtdurchschnittslohnes um nicht weniger als 66 Mk. bewirkt wird.“

Für die oberhessischen Steinkohlenarbeiter trifft der Schiedspruch für die Braunkohlenarbeiter ebenfalls zu, jedoch mit der Maßgabe, daß das Kinder- und Hauslohngehalt nicht erhöht wird, dafür aber der während der einmaligen Zulage für die erste Hälfte des Monats Juni doppelt so hoch ist, wie für die privaten Braunkohlenarbeiter.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Satzenkreuzer in den christlichen Gewerkschaften.

Die Haltung des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird seit einiger Zeit bestimmt durch den ihm angeschlossenen Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband. Die christlichen Arbeitergewerkschaften wollten die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer bedeuten. Sie haben zwar andere Auffassungen als wir, aber man nimmt an, daß sie es von ihrem Standpunkt aus ehrlich meinen mit den Arbeiterinteressen, so wie sie sie verstehen.

Anders steht es mit dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband, der gegenwärtig die Führung im christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund hat, dem es auch gelungen ist, die christlichen Arbeitergewerkschaften in sein Schlepptau zu nehmen. Der Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband hat immer seinen Stolz darin erblickt, eine nationalantidemokratische Organisation zu sein. Er agitiert ganz offen für die Wiedererrichtung der Monarchie und hegt gegen die republikanischen Minister. Er hat dies sogar gegen den Reichspostminister Giesberts getan, der ja ein alter christlicher Gewerkschaftsführer ist. Ueber den wahren Charakter des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gibt z. B. folgende Anzeige aus der „Hilfsheimers Allgemeinen Zeitung“ Auskunft, die am 31. März 1922 erschien:

„Festsetzung anlässlich des Geburtstages des Mitbegründers des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, am Sonnabend, den 1. April, abends um 8 Uhr, von der Steingrube aus durch die Stadt zum Bismarckdenkmal.“

Unterschiedene Vereine fordern ihre Mitglieder auf, sich zahlreich an dem Festzuge zu beteiligen und um 8 Uhr auf der Steingrube zur Stelle zu sein.

„Der Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten, Verein ehem. 7ter, Verein ehem. 13ter, Verein ehem. Jäger und Schützen, Feldzugteilnehmer z. J. 1871, Kriegerverein, Deutscher nationaler S. B., Pfadfinderverein, S. B., „Hilfsheim“, Vaterländischer Jugendbund, Gardeverein, F. B. Marinerverein, Kriegsklub „Vaterland“, Verein ehem. Artilleristen.“

Es ist nicht sonderbar, daß der Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband (D.N.H.V.) als einzige angeblich wirtschaftliche Organisation mit militärischen Vereinen eine politische Kundgebung veranstaltet? Das war aber nicht nur eine Ausnahme, denn in der „Kölnener Zeitung“ vom 18. Juni 1922 befand sich die nachstehende Anzeige:

„Wie im vergangenen Jahre, so soll auch in diesem die Feier der Sonnenwende auf den Wiesen des Landhauses in allergeringster Form begangen werden. Wir unterzeichnen Verbandsmitglieder alle national denkenden Bevölkerungsteile ohne Anziehung von Stand und Partei zu einheitlicher, geschlossener Teilnahme auf. Es soll ein machtvoller Demonstration unserer Deutschen abzuhalten! Die Teilnehmer versammeln sich zum gemeinsamen Abmarsch Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, auf dem Marktplatz.“

Auf zur Tat! Die Einberufer: Deutscher Jugendbund Krefeld, Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Krefeld, Deutschnationaler Schutz- und Trutzbund, Ortsgruppe Krefeld, Stahlhelm, Bund deutscher Frontsoldaten, Ortsgruppe Krefeld, Deutschnationaler S. B., Ortsgruppe Krefeld, Deutschnationaler Volkspartei, Ortsgruppe Krefeld, Verband der weiblichen Angestellten, Ortsgruppe Krefeld.“

Hier finden wir den Deutschen nationalen S. B., wiederum mit dem „Stahlhelm“ vereinigt, wozu sich der Deutschnationaler Schutz- und Trutzbund, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und einige andere Organisationen gesellen. Dieser Deutschnationale S. B. gehört zum „Gesamtsverband deutscher Angestelltenvereine“ und letzterer gehört dem christlichen „Deutschen Gewerkschaftsbund“ (Berlin) an. Was sagen nun die christlichen Arbeiter zu diesem ihrem Verbündeten, der ausgesprochen satzenkreuzerische Monarchistenpolitik treibt. Pakt auf ihr Bergarbeiter und erzählt dies den christlichen Gewerkschaftern. Der „Deutschnationaler“ behauptet ferner, daß die christlichen Gewerkschaften politisch neutral sind, während das Organ des S. B., die „Deutsche Handelszeitung“, am 21. 6. 1921 selbst darauf hinweist, daß der S. B. „im politischen Leben steht“, wem gemeint ist, daß er nationalpolitische, monarchistische Politik treibt. Wie das „Kölnener Echo“ mitteilt, sind in Hamburg 25 Angehörige der Arbeiterorganisationen verhaftet worden. Unter diesen 25 befanden sich 21 Handlungsgehilfen. Das sind die Verbündeten der christlichen organisierten Arbeiter!

Ob die christlichen Arbeiter dieser Entwicklung auch in Zukunft weiter ruhig zusehen werden, oder ob sie daraus nicht vielmehr die Schlussfolgerungen ziehen müssen, zu den freien Arbeitergewerkschaften überzugehen?

Internationale Kundgebung.

Zuruf der russischen Bergarbeiter.

Vor einigen Wochen tagte in Moskau der Russische 3. Bergarbeiterkongress. Von dort aus richteten die bolschewistischen Drahtzieher — nicht etwa das russische Bergproletariat, denn dieses ist vernünftiger — einen Aufruf „An die Bergarbeiter der Welt“.

Wir bringen aus diesem Aufruf diejenigen Stellen, welche etwas Beachtung verdienen und lassen die Selbstverständlichkeit über den Kapitalismus, die ohnehin bei den Bolschewisten, die dem Kapitalismus ein Eldorado in Russland versprechen, nur Whraien sind, haptlos. In dem Aufruf heißt es so:

„Wir, Vertreter der Bergarbeiter Russlands, die zum 3. Russischen Kongress in Moskau versammelt sind, senden dem Bergproletariat der ganzen Welt unseren wärmlichen Gruß.“

Lenne Wähler!

Die Kapitalisten aller Länder nützen die Krise der Nachkriegszeit aus und greifen überall die Arbeiterklasse an. Die Kapitalisten bedrängen nicht nur die Arbeitermacht Sowjetrusslands; sie bedrängen das gesamte internationale Proletariat. Und ihr Bergarbeiter, habt dies am besten empfunden.

Ihr habt sowohl die Erzeugnisse der letzten Jahre, als auch vieles davon, was ihr in den letzten Jahrzehnten in hartem Kampfe erobert habt, verlornt! Wo ist euer Achtundzestag, geschweige schon der Sechszestag? Ihr habt ihn nicht. Die Ueberwinden haben ihn beseitigt. Bedenkt ihr denn soviel, um eine eines Menschen würdige Existenz unterhalten zu können? Nein, ihr habt einen fähigen Arbeiterlohn. Und was habt ihr von den Kapitalisten für die Teilnahme an der Weltwirtschaft, für die Unterwerfung der bürgerlichen Räuber bekommen? Wo ist denn die von der Bourgeoisie versprochene allgemeine Gleichheit, in deren Namen ihr Opfer brachtet? ...

Der Augenblick ist gekommen, wo der Einheitsfront der Kapitalisten die Einheitsfront der Arbeiterklasse aller Länder entgegengestellt werden muß. Wollt ihr nicht eure Frauen und Kinder hungern lassen, wollt ihr nicht Sklaven des Kapitalismus bleiben, so schafft diese Front so schnell wie möglich, wie wir sie in der Jahre 1917/18 geschaffen haben.

Aber für den Erfolg des Kampfes müßt ihr den Mut aufbringen und euch von der Führerschaft lösen, die euch zu verraten fähig ist, die euch zur Mitarbeit mit der Bourgeoisie und Ausbeutern ruft, die in den fortwährenden Zugeständnissen an die Bourgeoisie die Höhe der strategischen Weisheit sieht. Zieht aus der Erfahrung der englischen Bergarbeiter die Lehre. Die herrschenden Führer zeigten in der Tat, wer sie sind.

Bergarbeiter! Ihr habt in den langen Kämpfen viel gelitten. Ihr konnt immer in den vorherigen Reihen der Arbeiterarmen. Ihr müßt auch jetzt diese Stellung einnehmen. Die russischen Bergarbeiter sind überzeugt, daß dies wirklich geschieht. Nahe ist die Siegestunde der proletarischen Sache. So laßt uns alles tun, um die erwünschte Stunde zu beschleunigen.

Es lebe die Einheitsfront des Proletariats! Auf zum entschlossenen Kampf gegen die kapitalistische Raubordnung! Auf zum Kampfe für die Macht der Arbeiterklasse! Es lebe die Weltrevolution des Proletariats!

Der 3. Russische Kongress der Bergarbeiter.

Es hat wirklich seinen Zweck, daß man sich mit bolschewistischen Propaganda über erste wirtschaftliche Dinge auseinandersetzt. Es ist jenes Element, von welchem nach Lenin die russische kommunistische Partei noch befreit werden muß: Das Element der „unverantwortlichen Schwärzer“. Den russischen Bergarbeitern, die unter einem noch größeren Elend, unter noch größerer Unterdrückung wie wir zu leiden haben, sagen wir aber:

Russische Kameraden! Wir deutschen Arbeiter kennen den ausbeuterischen, brutalen Charakter des Kapitalismus. Um ihn zu befechtigen, kämpfen wir gegen ihn, um ihm eine Position nach der anderen zu entreißen. Wir meinen unser Ziel zu erreichen durch Demokratisierung der Betriebe und Umformung des heutigen kapitalistischen Verbauens in Selbstverwaltungsförderung nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wir vermeiden möglichst eine plötzliche Umwälzung unserer Wirtschaft durch Gewalt, weil wir von dem russischen Beispiel gelernt haben, daß es nicht beifam ist. Eine bolschewistische Gewaltübernahme hat zwar den Kapitalismus beseitigt, jedoch nichts an dessen Stelle zu setzen vermocht, deshalb euren Verbau ruinieren. Jetzt kosten sie die Kapitalisten wieder, um auch an dieselben zu verkaufen. Ihr werdet als verlausene Sklaven schlimmer als mir unter dem Kapitalismus zu leiden haben, weil euch jedes Selbstbestimmungs- und Streikrecht genommen ist. Wir wollen solche Zustände bei uns vermeiden.

Wir leiden Not. Ihr wißt, was Not ist, denn ihr leidet schlimmer wie wir. Ihr verdient Millionen Rubel monatlich, tatsächlich ist es weniger als ein Drittel des Friedensberndienstes. Ihr habt keine — überhaupt keine — menschenwürdige Wohnungen, sondern haust in dumpfigen Höhlen. Ihr leidet sehr!

Russische Kameraden! Nehmt mit uns den Kampf auf gegen den Kapitalismus, der euch mehr bedrückt als uns. Der von den Bolschewisten in Russland eingeführte Sozialdemokratismus kommt in euer Land, um mit bolschewistischer Erlaubnis die Industrie „aufzubauen“. Der Kapitalismus kann nur mit brutaler Ausbeutung der Arbeiter aufbauen. Wehrt euch gegen den Versuch, den die Bolschewisten auf euch loslassen, denn er wird bei euch schlimmer haften als bei uns. Sozt euren Gewaltmachern, daß ihr ihre Gräbe von dem Sechszestag in Wirklichkeit umsetzen seht. Fordert menschliche Wohnungen und einen auskömmlichen Lohn! Fordert eure Willensfreiheit!

Knappschäftliches.

Für die Mitglieder des Niederholl. Knappschäftvereins,

welche im Bezirk des Allgemeinen Knappschäftvereins arbeiten und Betriebskassen oder Beiträge an den Niederholländischen Knappschäftvereins zahlen, hat der Vorstand des Niederholländischen Knappschäftvereins einen wichtigen Beschluß gefaßt, welcher lautet:

„Der Gesamtvorstand hat in seiner Sitzung vom 15. Juni 1922 die Geltung des Freizügigkeitsvertrages vom 1. September 1917 auch für die vor seinem Inkrafttreten eingetretenen Wanderfälle anerkannt und sich bereit erklärt, die in Frage kommenden Mitglieder mit ihrem Dienstatte vom 1. Januar 1918 ab an den Allgemeinen Knappschäftvereins zu überweisen.“

Voraussetzung ist aber, daß 1. sich die Uebernahme grundsätzlich auf alle im Bezirke ihres Vereins Werkarbeit verrichtenden ehemaligen Mitglieder unseres Vereins (Urlauber und Anerkennungsgehilfen) erstreckt; 2. daß diejenigen Fälle auszuweisen, in denen die in Frage kommenden Mitglieder bereits inaktiviert oder gestorben sind, in denen also rechtskräftige Bescheide vorliegen.“

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein Beitrag zum Kapitel Unglücksfälle im Bergbau.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Eines der traurigsten Kapitel im Leben der Bergarbeiter bilden die hiesigen Unglücksfälle. Wenn man nun als Betriebsrat Gelegenheit hat, bei den Unfalluntersuchungen zugegen zu sein, wird man immer und immer wieder hören müssen: „Das haben die Leute selbst verschuldet.“ Was es nun mit diesem Selbstverschulden auf sich hat und wie solche Unglücke entstehen können, mag folgender Fall aus der Schachtanlage Schlägel und Eisen III lehren:

Im Nebel III, 800-Meter-Sohl, Höhe Bismarck Wästen, 2. Abbau, waren in der Nacht vom 2. zum 3. Juli zwei Kameraden als Verbauer beschäftigt. Sie erwarteten das Herabkommen leerer Wägen. Wichtige risk das Teil, die ablaufenden Wägen warfen zwei Hölzer um, wobei die beiden Kameraden durch die aus dem Stoß herabfallenden Berge verletzt wurden. Während ein Kamerad mit leichten Verletzungen davonkam, waren die des Kameraden Wund so schwer, daß er am 6. Juli, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben, im Knappschäftkrankenhaus II Redlingshausen an deren Folgen verschied.

Zu diesem Unglück ist folgendes zu sagen: Fest steht, daß die beiden Kameraden verbotswidrig, während im Berg gefördert wurde, weiter arbeiteten. Fest steht auch, daß die Verwundung die Kameraden auf die Geschwindigkeit dieses Zuges hingewiesen hat. Aber — die Sache hatte folgenden Verlauf: Es wurde den Kameraden sofort Arbeit aufgegeben, daß sie unmöglich fertig werden konnten, wenn sie der Verletzung genügten und den Berg während der Förderung räumten. Gatten sie aber etwa die ausgegebene Arbeit nicht, oder nach Anfall des Steigers nur ungenügend gemacht, dann wurde von dem betreffenden Beamten mit Kreide in großen Buchstaben „Leistung“ an die Säule gemalt. Also Untertreter überleitet Art. „Ging kommt no“ daß den Beamten bekannt sein mußte, daß während der Förderung im Berg gearbeitet wurde, denn anlässlich einer Gedingeunterbrechung in dem fraglichen Nebel ist vom Betriebsrat auf dieses Uebel hingewiesen worden. Dem untersuchenden Beamten des Bergereiers Dr. Redlingshausen sind diese Tatsachen mitgeteilt worden und darf man auf die weitere Entwicklung der Dinge gespannt sein.

Anmerkung der Redaktion: Es ist schon richtig, daß es Beamte gibt, welche durch maßlose Anstrengungen solche und ähnliche

Angelsfälle verschulden. Es gibt leider auch noch Kameraden, die sich von solchen Beamten durch Drohungen ins Hochhorn jagen lassen und — um ja nur die verlangte Leistung zu liefern — selbst die hergolgigsten Vorschriften übertreten und ihr Leben in Gefahr bringen. Solche Beamten sind jedoch zu gewissenlosen Elementen zu zählen, denen man mit Moralreden nicht bekommt. Hier kann nur das mächtige Auftreten der Arbeiter selbst helfen. Unter keinen Umständen dürfen die Kameraden die gesetzlichen Bestimmungen übertreten, auch dann nicht, wenn der Beamte noch so groß und gemein ist. Es gibt Mittel, um solche brutale Beamten feinzukriegeln. Wer diese Mittel nicht kennt, mag bei uns mal vorsprechen.

Unwahre Behauptungen

Stellte das Mitglied des Kirch-Dunderischen Gewerkschafts, Fritz Seitz, im Herbst v. J. auf. Er sagte, daß Kamerad Otto Sue mit Sinnes immer auf der Seite stünde, und sobald ein Dritter hinzukomme, wird er auf die Seite gedrängt. Ferner sagte er, daß der Vorstand des Verbandes Schuld trage, wenn bei den damaligen Lohnverhandlungen nicht mehr als 12 Mark herausgekommen seien.

Hierzu erließ die Ortsverwaltung unserer Jahreshilfe Scharnhorst folgende Erklärung gegen Heißkamp in der „Bergarb.-Ztg.“ (Nr. 44 vorigen Jahres):

Die Jahreshilfe Scharnhorst des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hält den Kameraden des Kirch-Dunderischen Gewerkschafts so lange für einen ehrlichen Verkäufer, bis er seine unwahren Behauptungen zurückgenommen hat, oder derselbe den Nachweis erbringt, daß die Sache auf Wahrheit beruht.

Unterzeichnet war diese Erklärung von unserem Kameraden Schoppmeier. Heißkamp sagte nun gegen Schoppmeier und das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß Sch. nicht das Recht habe, sich in der Form für seinen Vorstand einzusetzen. Wenn der Vorstand beleidigt ist, so möge er sich mit Heißkamp auseinandersetzen.

Unter Kamerad Sue ist nun tot und die Heißkämpfer Heißkamp haben ihn nicht erreicht. Soweit der Vorstand in Frage kommt, so erklärt dieser, daß er sich jetzt die Erklärung der Ortsverwaltung der Jahreshilfe Scharnhorst zu eigen macht. Heißkamp mag jetzt den Beweis für seine Behauptung erbringen.

In der Klage der Zette Mont Genis

gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ ist der Antrag des Privatklägers, Betriebsführer Nagel, auf Eröffnung des Hauptverfahrens, abgelehnt und die Klage auf Kosten des Klägers zurückgewiesen. In der Klageschrift hieß es:

Der Reichsbildige ist verantwortlicher Redakteur der „Bergarbeiter-Ztg.“, Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, nach dem als solcher auch die Nummern 4, 5 und 10 vom 28. Januar, 4. Februar und 11. März dieser Zeitung verantwortlich gezeichnet. In den vorgedachten Nummern befinden sich drei Artikel mit der Überschrift: „Verteilung von Mont Genis“ — „Reaktionäre Verteilung im Falle Mont Genis“. In allen Artikeln wird der Verteilung von Mont Genis der Vorwurf gemacht, daß sie an dem Grubenbesitzer, welches auf dieser Rede sich erzieht, um bewilligen schuld sei, weil sie den Schichtführer Paulin, der den verbotswidrigen Verkauf abgibt, zum Schichtführer ernannt habe, obwohl er nicht habe lesen und schreiben können. Der gegen die Verteilung, also gegen den Betriebsführer erhobene Vorwurf, ist durchaus unbegründet und im höchsten Grade geeignet, den Kläger, welcher Paulin eingestellt hatte, als einen pflichtvergessenen Beamten hinzustellen, enthält also für den Kläger eine, wie nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, ungemein schwere Beleidigung.

Zum Beweise dafür, daß Paulin lesen und schreiben konnte, nehmen wir schon jetzt Bezug auf das Zeugnis folgender Personen:

Kam werden zehn Zeugen benannt. Eigentlich schade, daß der Kläger vom Gericht zurückgewiesen wurde. Unter Beweismaterial ist zwar mit vieler Mühe, aber vollständig und gründlich zusammengebracht. Den Familienangehörigen des berunglückten Kameraden Paulin ist die Klage mitgeteilt worden, in selbstloser Weise hier für die Wahrheit einzutreten, lagen mir herkömmliche Dank. Sie haben der Bergarbeiter-Zeitung einen guten Dienst erwiesen. Das schriftliche Material haben wir, mit Erlaubnis der Eigentümer, noch etwas hier — für alle Fälle. Aus Wunne der Fall doch noch eintreten, daß die Zeugen unzutreffend mühten. Für diesen Fall werden wir die Einzelnen benachrichtigen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Friedrich Langt

Einem schweren Verlust hat die Jahreshilfe Garbenheim durch den Tod unseres Redaktors Fritz Langt erlitten. Seine große Bekanntheit sowie sein offenes, gerades Wesen hätten überall Achtung ein. Er war einer von denen, die befreit sind, unsere Jahreshilfe dem Verbande vollständig zu erhalten und neue Mitglieder zu werben. Noch während seiner heimlichen Krankheit, der er am 29. Juni erlag, war unsere Sache ihm angelegen. Möge er ein gutes Beispiel für alle Kameraden sein. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung der Jahreshilfe Garbenheim.

Angehörung des Berggesetzes.

Das Berggesetz bestimmt im § 20: Die im Laufe eines Kalendermonats gegen einen Arbeiter wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Belohnung von Fördergehilfen verhängten Geldstrafen dürfen in ihrem Gesamtbetrag 5 Mk nicht übersteigen. Der Gesetzgeber hat diese Bestimmung am 14. Juli 1906 deshalb in das Berggesetz hineingebogen und die Aufnahme in die Arbeitsordnung herbeigeführt, weil die Behördenverwaltungen durch Bestrafung der Bergarbeiter wegen nicht vorschriftsmäßig belohnter Fördergehilfen oder durch „Nullen“ der Wagen es verhindern haben, den Lohn der Bergarbeiter nach Belieben zu kürzen.

Der Schlichter Bergwerksverein beginn die Verwaltung der Grube Laurweg hat, wie aus nachstehender vom Bergarbeiterverband angefragter Klage an das Bergwerksgericht ersichtlich ist, einen Weg gefunden, den den Bergarbeitern unangenehmen § 20d auszuschalten beginn zu umgehen.

Der Bauer D. klagte gegen den Schlichter Bergwerksverein, Akt. Grube Laurweg wegen unrechtmäßiger Bestrafung im Betrage von 15 Mark. Der Strafgericht, auf dem die Strafe bekannt gemacht wurde, hatte etwas folgendes Aussehen:

Der Bauer E. wird wegen Förderns unreiner Kohlen am 3. 4. 22 mit 5 Mk bestraft, wegen Nichtbefolgens eines gegebenen Befehls am 6. April mit 10 Mark bestraft, wegen Nichtbefolgens eines gegebenen Befehls am 2. April 22 mit 5 Mk bestraft.

Die Beschlüsse behauptete vor Gericht, zur Vornahme der Strafe berechtigt zu sein, da sie den Befehl zum Fördern reiner Kohlen gegeben habe und wollte dieses mit Zeugen belegen, erklärte sich aber im Laufe der Verhandlung bereit, den eingeklagten Betrag zu zahlen.

Das Vorhaben des Schlichter Bergwerksvereins bedeutet eine Umgehung des Berggesetzes und Küchler in den Zuständen, die den großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1906 herbeiführten. Gegen die Küchler dieser Zustände müssen sich die Bergarbeiter zur Wehr setzen. Eine erfolgreiche Wehr gegen die Angriffe der Bergwerksbesitzer auf die Arbeiterrechte kann nur von einer organisierten Arbeiterschaft vorgenommen werden. Kameraden! Stärkt daher durch Zuführung neuer Mitglieder den Bergarbeiterverband! Macht über eure Rechte in den Betrieben!

Hannover, Braunschweig, Sassen-Lippe.

Hoch lebe der Herr Direktor!

In Groß-Röhden (Bezirk Hannover) feierte am 2. Juli der nach aus der Vorzüglichkeit leuchtende Bergmannsverein sein 25jähriges Jubiläum. Der Verein trat nun an den Betriebsrat mit dem „radikalen“ Wunsch heran, die Direktion der Gewerkschaft Carlshund zu in besondere Zuwendungen zu dem Fest zu bitten. Der Betriebsrat lehnte natürlich diesen Unfuss ab. Daraufhin schickte der Verein eine Deputation zur Direktion mit dem Auftrag, daß der Herr Direktor ersuchen und mit der Spende von einigen Tausend großen Taler bei den Festlichkeiten erwarte. Am in dem Lager des Bergmannsvereins. In nicht unbegründeter Freude begrüßte die Sache auf dem Herrn Direktor durch den Weg. Einige Wochen ist es erst her, als die Belegschaft die Absetzung dieses Direktors forderte. Derselben Leute, die damals forderten: „Hoch lebe der Herr Direktor!“, schrien jetzt: „Es lebe der Herr Direktor!“ (Ganz so, wie Roters Schimpf „Gott“). Demnach hat dieser Herr ein wenig Ungehöriges verbrochen. Die Sache wurde demnächst abgetan, daß er 1000 Mark in die Unternehmungskasse

An der Zeit hat allerdings nur ein geringer Teil der Belegschaft teilgenommen, aber auch dieser sei gesagt, daß sie wohl vergessen habe, zu welchem Zweck dieser Betrag von 1000 Mark begründet wurde; doch nur deshalb, um die Arbeiter von ihren Berufsorganisationen fernzuhalten. In die Schikane eklektesten Art vor dem Antrage der im Verband organisierten Kameraden soll hier nicht weiter erinnert werden. Dafür wurden damals die Tische dieses Vereins von der Betriebsverwaltung besetzt. Auch früher gab es solche Hochs auf die edlen Herren, wenn am andern Tage mit „Ochse“, „Kindvieh“ und dergleichen mehr kränkelte zu werden.

Der Herr Direktor wird sich sicher sehr beglückwünscht gefühlt haben, als er mit denselben Leuten den Bierbumpen anstieß, die ihn vor wenigen Wochen kränkelten wollten. Vielleicht ist ihm nachträglich doch noch der Gedanke gekommen, daß mit Bier gekaufte Sympathie und Hochs auf sehr „wackelige Füßen“ stehen. Den Arbeitern sei gesagt, daß sie solche Klinkerwerke in ihrem Interesse meiden sollen. Wer das nicht begreifen kann, ist ein Dummkopf. In welcher Lage steht der Betriebsrat, wenn ihm auf seine Forderungen gesagt wird: „Was ihr verlangt, wollen die Arbeiter gar nicht, denn wenn die Direktion einige Tausend Taler spendiert, reden die Arbeiter nicht von Menschenrechten, sondern stehen mit dem Herrn Direktor an und lassen ihn hochleben.“ Beim Fördern vergißt nur der Lor sein Glend, um andern Tages noch schlimmer zu leiden. Der aufrechte Mann vergißt auf Gehirnerkrankung durch Liebesgaben. Er fordert sein Recht!

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Großer Brand in einem Braunkohlenbergwerk.

Auf der Grube Marie III der Anhaltischen Kohlenwerke ist am 9. Juli ein Brand ausgebrochen, deren Lagebau in seiner vollen Länge von einem Kilometer und 500 Meter Breite vom Feuer erfaßt wurde. Auch die benachbarte Grube der Jse-Belegschaft wurde in Mitleidenschaft gezogen. Obwohl die benachbarten Feuerwehren und die Arbeiterschaft sofort die Beseitigung aufnahmen, konnte der Brand nicht eingedämmt werden und verbreitete sich immer mehr. Die Berliner Feuerwehre stellte sich gleichfalls mit ihren besten technischen Einrichtungen zur Verfügung und mit großer Mühe gelang es dann, das Element zu meistern.

Der angerichtete Materialschaden ist sehr groß, da die Flammen die in dem Tagebau befindlichen Gelbbahnanlagen, Maschinen, Wagger usw. zerstört haben. Die Aufstümmungs- und Wiederinstandsetzungsarbeiten, an denen sich die gesamte Belegschaft beteiligt hat, soweit dies möglich ist, bereits im Gange, um eine längere Stilllegung des Grubenbetriebes zu vermeiden.

Streikzüge durch mitteldeutsche Braunkohlenwerke.

Daß der Unternehmer seit dem Bestehen des Achtstundentages eifrig befehlt ist, ihn illusorisch zu machen, dürfte eine bekannte Tatsache sein. Er wird dabei natürlich die Überstunden immer so einstellen, als wenn sie zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig wären. Es tritt ja manchmal ein, daß kurz vor Schichtschluß ein Treibriemen gelöst ist oder irgend eine Transmissionswelle gestossen hat, ein Teil zerfallen ist usw., von deren sofortiger Reparatur die Betriebssicherheit des Betriebes abhängt. Diese Arbeiten sind unanfechtbar, mithin sollen sie auch nicht bezprochen werden. Es erscheint mir ganz natürlich, daß diese Überstunden gemacht werden mit dem tarifmäßigen Aufschlag. Auch die fahrende (Sonntag-)Schicht der Pumpenwärter im Tiefbau und der Geizger und Maschinen im Tagebau soll heute hier nicht besprochen werden. Es soll hier bloß einmal auf das unstatthafte aufmerksam gemacht werden, was sich manche Braunkohlenwerke in punkto Überstunden leisten. Da ist z. B. das Regier Werk, welches den Arbeitern zumutet, die Kathenan-Terrantraktion wieder herauszuarbeiten. Es gibt Leute, die darauf eingehen und besonders der untauglichen gerichtete Zeit, welcher sich damit herauszulieben versucht, daß hier keine Ueberretzung des Achtstundentages in Frage käme, weil es 50 Prozent Zuschlag gibt.

Aber es werden auch sonst noch von diesem Teil der Arbeiter Überstunden geleistet, deren Auswirkung sich in Zukunft erschreckend gegen die gesamte Arbeiterbewegung richten wird. Es werden von einem großen Teil Arbeiter anstelle der in der Frühschicht noch Überstunden gemacht von 2-3 Uhr abends, dann noch eine Sonntagschicht, in welcher Wagger, Alpergleise gerollt und gelagert werden. Von manchen Arbeitern werden aber 7 Achtstundenschichten und noch 3, 4 bis 6 sechsstündige Überstunden geleistet und aus der Schichtigen Arbeitswoche wird eine solche von 92 Arbeitsstunden. Wenn man es schon nicht verhehlen kann, daß zu diesen Angelegenheiten der Betriebsrat nichts sagt, so ist es aber noch um so verwerflicher, daß der radikale Teil der Arbeiter, der doch immer vorgibt, mit Argusaugen die Rechte der Arbeiter zu bewachen, hierzu willig die Hand reicht. Es ist aber auch noch zu bedenken, daß dadurch der Verbandsdirektor in eine missliche Lage gerät, wenn ihm solch schändliches Material von Unternehmern bei Ausarbeitung eines neuen Tarifs mit einer gräfenden Gewarde vorgelegt wird. Doch auch heute noch ein Prozent der Arbeiter aus dem vorrevolutionären Hörsingenswerfen der 12- und 16-Stunden-Schicht nicht herauskommen will, beweist leider nur, daß er die damalige Zeit nicht beachtet und die heutige nicht verstanden hat, wo sie ihm doch endlich Freiheit brachte, die er zur geistigen Weiterbildung und zur körperlichen Ruhe so dringend notwendig brauchte. Nicht wahr, ihr Unionisten und Kommunisten, so lautet doch eure rabulöse Agitationsphrase: Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich mit den Unternehmern gegen die Arbeiter verschworen? oder: Die Gewerkschaftsbürokratie will durch Ausschluß vom Tarifvertrag die Unorganisierten in die Gewerkschaften zwingen, die Unternehmer tun ihnen jedoch nicht den Schaden und hat gegen Organisationswahn!

Auf der Grube Gertrud der Anhaltischen Braunkohlenwerke haben die drei Belegschaften dem alten Betriebsrat einige Wochen nach seiner Wiederwahl ein Mißtrauensvotum ausgesetzt mit einer Zweidrittelmehrheit. Wie diese „Mehrheit“ entstanden ist, darüber will ich mit Rücksicht auf den Raummangel einstweilen schweigen. Der Grundzug war, mit knappen Worten gesagt, das alte Lied: Lebnzliche Beherrschung einiger kommunistischer Gruppierung und Schreihäufig, die ha sagen, der Betriebsrat habe sie betrogen und verkauft. Man sollte nun meinen, daß sich aus dieser „Mehrheit“ sofort zwei oder drei Betriebsrat freiwilling herausfinden müßten, um die verfahren Sache durch Sineingreifen ins Steuer auf die rechte Bahn zu lenken, aber weit gefehlt! Ganz abgesehen davon, daß man es nicht mal verstanden hat, eine Liste aufzustellen, die den Vorschriften des Betriebsratsgesetzes genügt, hat man nach langem, schwerem Leiden eine Liste zusammengestellt und gebekelt, deren Mitgliedern man wirklich im Interesse der Belegschaften viel Glück zu einem glücklichen Arbeiten wünschen kann. Ob ihnen das Glück ist sehr fraglich. Als weiteren Kommentar verweise ich auf den Satz des Vorsitzenden der Arbeiter und Radikale gegen den Verband in Nr. 26 der „Bergarb.-Ztg.“, in welchem es heißt: „Nicht wahr, ihr Unternehmern, es ist doch recht so, daß die Wägen, nach eurer Meinung, den Jahren nicht mehr folgen? Glaubt ihr die Wägen im Bunde mit den Straßensportlern erst mal tüchtig auseinandergepeinigt, dann werdet ihr schon mit ihr fertig werden.“

Auf Grube Adelheid (Gafelbach) ist vor kurzen zwischen die sechs Wochenlöhnen noch eine Rebente geschoben worden, vielleicht folgen noch mehr. Sie man als Arbeiter darüber denken soll, ist schon einmal oben erwähnt, aber die Sache hat hier noch einen anderen Galen. Das Werk erklärt: „Diese eingeschobenen Schichten müssen gemacht werden wegen Arbeitermangel.“ Ja, ja! Haben aber die Herren Grubenbarone sich schon einmal bemüht, diesem Arbeitermangel zu begegnen? Vielleicht dadurch, daß von ihnen jede Lohnforderung bis zum Erbrechen verschleppt wurde, nach der Methode: Reigt der Lollar, dann können wir ja mal sehen, ob für euch auch was abfällt. Ganz abgesehen von den Gehältern, welche die Unternehmer einstreichen, sind wir der Ansicht, daß, wenn im Braunkohlenbergbau nicht so viel Substruktivität getrieben würde, was Unglücksfälle, schwere Brüche und andere Katastrophen nach sich zieht, die kolossalen Gehaltssteuern verursachen, ohne Gefährdung des Wirtschaftens der Arbeiter wohl mehr Lohn bekommen könnte. Aber das will man ja nicht, die Klust zwischen den Arbeitern und Unternehmern soll unüberbrückbar werden.

Der Reichsminister Dr. Brauns machte in Bochum auch Ausführungen über Abänderungen aus dem Bergbau. Die Zahlen treffen doch wohl nur fürs Ruhrgebiet zu, in der Braunkohlenindustrie sind sie dagegen katastrophal. Die dritte Schicht fällt fast ganz weg oder ist in Frage gestellt. Diese Bergarbeiter betriebliehen den Bergbau nur als Notbehelf für den Winter, im Sommer geht es zur Saisonarbeit, wo sie ein Drittel des Bergarbeiterlohnes mehr verdienen. So geht es aber doch nicht. Wenn im kommenden Winter die notwendige Arbeitslosigkeit in der Saisonarbeit eintritt, dann kann sich der Arbeiter darauf gefaßt machen, daß er auch auf der Grube keine Arbeit bekommt. Die Unternehmer brauchen auch schon damit, daß sie auskömmliche Gehälter einstreichen wollen. Aber ganz abgesehen davon, daß der Arbeiter

keine Arbeit bekommt, mit denen er lieber 7, 8 und noch mehr Schichten arbeitet, dann braucht er weniger Arbeiter. Fordern wir vor allem auch Schutzes für den Achtstundentag mit drastischer Bestrafung im Uebertretungsfall, und Bergamtsbehörden zur besseren Stütze der Betriebsräte, vor allem aber Bezirks-Arbeitsnachweise durch die Arbeiterorganisationen, damit die Willkürherrschaft der Unternehmer bei Einstellungen und Entlassungen gedämpft wird. Das wäre wohl ein gangbarer Schritt dem Vorgehen entgegen. Max Mehner.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Rachuz!

Nach zwei Tagen schweren Leidens ist unser Betriebsratsmitglied der Glettholzer Grube, Anton Gerner, den schweren Verletzungen, verursacht durch die mordende französische Soldateska, erlegen. Wir verlieren in ihm einen unserer besten Kämpfer der letzten drei Jahre. Als treuer und überzeugter Gewerkschafter konnte er sich nie für die politische Bewegung erwärmen, sondern war bereit, für die deutsche Arbeiterschaft in den Tod zu gehen, den er auch zu unserem großen Leid gefunden hat. Er war der Gründer der Jahreshilfe Niekersdorf und zwar in einer Zeit, wo die Polen im Falle Glettholz auf der Höhe ihrer nationalen Verheerung standen. Nicht zuletzt haben wir es ihm zu verdanken, wenn sich nach erbitterten geistigen Kämpfen in Niekersdorf das Blätchen geteilt hat und bei der Abstimmung um Oberschlesien hinsichtlich einer überwiegenen deutsche Mehrheit herbeigeführt wurde. Wir verlieren in ihm einen treuen Kameraden, einen unerschrockenen Verteidiger unseres Verbandes und ein eifriges Betriebsratsmitglied, das stets auf das Wohl seiner Arbeitsschreiber bedacht war. Möge ihm die Erde leicht sein! Er ruhe sanft in Frieden! Der Betriebsrat der Glettholzer Grube: J. A. Guntz Sohn. Geschäftsführer Glettholz: J. A. Ostler Grunow.

Was aus einem ganz Ruks lebenden Aberradialisten alles werden kann.

Als am 9. November 1918 die Wägen des Proletariats Deutschlands die Monarchie besetzten und die deutsche Republik errichten ließen, waren es einige Brausköpfe, die da glaubten, durch weiteres Wachen die deutschen Kapitalisten besitzigen und den Volkshausbrütern Freiheit und Terror am Proletariat vorwerfen zu müssen. Dieselben wollten aber nicht verstehen, daß die wirtschaftliche Umwälzung nicht so leicht ist wie die politische.

Wie in anderen Gegenden Deutschlands, so hatten sich auch in Niederschlesien solche „Iselenkoste“, „gestrichelte“ Elemente gefunden, die auf Grund ihres großen Mundes versuchten, die Arbeitermassen hinter sich zu bekommen, um dem Kapitalismus den Garaus zu machen. Unter diesen Heißbringern befand sich auch ein junger Bergmann aus Schlegel mit Namen Josef Reimann, der trotz seiner Jugend glaubte, allein fähig zu sein, die Bergarbeitermassen im Arctis Neude zum Siege zu führen und ihnen den Kommunismus bringen zu können. Er selbst scheute sich auch nicht, in öffentlichen Bergarbeiterversammlungen und durch Ausschänge auf der Johann-Baptistagrube seine eigenen Kameraden, die ihre volle Kraft für den Verband und die Bergarbeiter einsetzten, herunterzureißen und als Arbeiterverräter, die mit dem Unternehmern Hand in Hand gingen, zu beschimpfen. Es mußten sich andere Kameraden zur Verfügung stellen, die durch Abschneidung dieser gemeinen Anschuldigungen den Fiesel vor den Gerichtshöfen bewährten. Mit diesen Errungenschaften begnügte sich der Mensch noch nicht, sondern glaubte auf Grund seiner Behauptung einigen Kameraden gegenüber, daß er schon längere Zeit aus der katholischen Kirchengemeinschaft ausgeschlossen sei, auch Gott beleidigen zu dürfen. Durch seine frechen Auslassungen über die katholische Konfession und ihre Einrichtungen war es ihm sogar gelungen, einem großen Teil der Mitglieder der Jahreshilfe Schlegel des Bergarbeiterverbandes, den Besuch der Versammlungen zu verweigern. Seine stillen Hoffnungen durch sein rabulöses Verhalten, sich einen Posten im Bergarbeiterverbande zu verschaffen, wurde nicht erfüllt, da ein großer Teil, man darf wohl sagen die gesamte heilige Bergarbeiterchaft, bereits den Geist dieses Gotteslästerers durchschaut hatte.

Nun hat das Drama sein Ende gefunden und der Bergarbeiterverband hat einen „unheimlichen“ Verlust zu beklagen: Josef Reimann, der Kommunisi und Seudste der Synchialisten, ist als Mitglied zum christlichen Gewerksverein übergetreten! Der wird wohl die Kränen trocken, die von den Mitgliedern der Jahreshilfe Schlegel des Bergarbeiterverbandes um diesen Verlust gemeint werden?

Der christliche Gewerksverein kann es uns nicht glauben, wir bezeichnen ihn um einen solchen Zuwachs nicht. Reimann geht, nebenbei bemerkt, seit dem 1. April auf die Bergarthschule und hat ein Teil der Bergarbeiter die Hoffnung, einmal auf ihren Vorgesetzten stolz zu sein.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 29. Woche (vom 16. bis 22. Juli) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Verband und Wirtschaft.

Die soeben herausgegebene Nummer 4 unseres Mitteilungsblattes bietet für alle Funktionen und Betriebsräte reichen Stoff zur wirtschaftlichen Betrachtung. Die allmonatlich erscheinende Wirtschaftslübersicht gibt Einblicke in die verfallenen Zusammenhänge unserer Volkswirtschaft, gerade diese Uebersicht sei zum besonderen Studium empfohlen. Allgemeines Interesse beansprucht der Artikel über das „Geheh über Arbeitseitzel im Bergbau“. Freistehende Methoden der Unternehmeramtliche werden in einem anderen Artikel gebührend geachtet. Zum Nachdenken werden auch die beiden Abschnitte: „Arbeit und Seelenruhe“ und „Social braberierte kapitalistische Denkweise“ anregen. Weitere Artikel beschäftigen sich mit den letzten Kohlenpreiserhöhungen, der Rentproduktiveingewinnung des Bergbaues und ihre wirtschaftliche Bedeutung, der rationalen Ausgestaltung der Grubenholzkirtschaft und der Rechtsprechung im Arbeitsrecht. Für die Funktionenräte wichtig ist die Veröffentlichung einer Ergänzung zum Verbandsstatut, die die neuen Unternehmungen bis zur 30. Beitragswoche angibt. Der Vorstand weist erneut darauf hin, daß alle Empfänger des Mitteilungsblattes sich dieses gut aufzubehalten haben! Die ständige Rubrik „Schau und drück“ erläutert in verständlicher Weise in den Artikeln vorkommene Fremdwörter. Die Rubrik soll übrigens noch weiter ausgebaut werden. Bisher erschienen einige in den Zeit eingetragene Schaubilder die Uebersicht über wirtschaftliche Vorgänge. — Die Zeitschrift kommt mit der Zeitung zum Verband. Jeder, der wirtschaftlich lernen will — und darauf kommt es an — muß sie aufmerksam durcharbeiten, der geistige Gewinn wird dann spürbar sein.

Abrechnungen.

Bismarck-Stadt. Vom 15. Juli bis 15. August. — Badenburg (Mittelsch.). Vom 1. bis 15. August. — Kollingshausen-Bez. Vom 15. Juli bis 15. August.

Abrechnungen.

Beden. Der Vertrauensmann Karl Herr wohnt Wilhelmstraße 10. Barmen. Der Vertrauensmann Julius Leisdorf wohnt Meierstraße 65; der Kassierer Max Mack wohnt Baustraße 21. Bergheim. Der Vertrauensmann Hubert Bette wohnt Eifen X, Mühlentweg 17. Egen. Der Kassierer Paul Drechsel wohnt Chemnitz Straße 20; dort wird auch jeden Donnerstag das Krankengeld ausgezahlt.

Neu erschienen! 207 Seiten
Meine Seele
Für Mitglieder 28 Mark
In Buchhandel 40 Mark
Gedichte von Viktor Kainowski
Zu beziehen von N. Nannemann & Co., Bochum, Wittenhauserstr. 20-22

Was die Natur mir lang Schickte u. s. s. ...